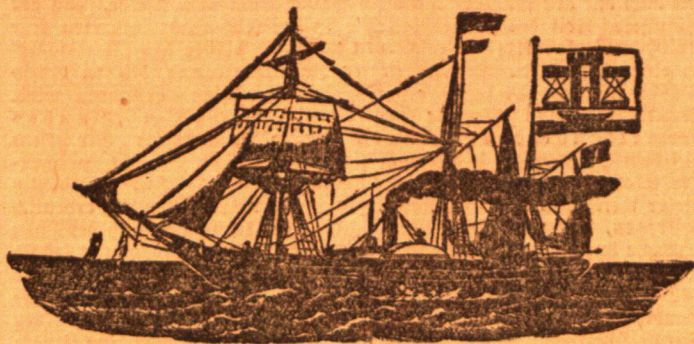


Memeler Dampfboot

Memeler und Grenz-Beitung



Er scheint täglich morgens
mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen
vierteljährlicher Abonnementspreis
prämumerando 99 M., mit Votenlohn 105 M.
Auswärtige
Sonnieren bei den Postämtern und erhalten die Zeitung für
99 M. pro Quartal bei freier Zustellung.
Sprechstunden der Redaktion: Vorm. 11 bis 12 Uhr
außer Montag und Sonnabend.
Für Aufbewahrung und Rücksendung unbenutzter eingelangter
Manuskripte wird keine Verantwortung übernommen.
Die Expedition ist geöffnet:
An Wochentagen von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends,
an Sonn- und Feiertagen von 7 bis 9 Uhr vormittags.
Telegramm-Adresse: Dampfbootverlag.

Anzeigen werden für den Raum einer Kolon-
Spalte von Abonnenten mit 4,00 M.,
von Nicht-Abonnenten u. Auswärtigen mit 5,00 M. berechnet.
Reklamen für die Zeitungen 17,00 M. die Seite
bei Erfüllung von Platzvorschriften 50% Aufschlag.
Eine Gewähr für die Einrückung bestimmter Plätze
kann nicht übernommen werden.
Etwasiger Rabatt kann im Konkursfalle, bei Eingiehung des
Rechnungsbetrages auf gerichtlichem Wege und außerdem dann
beweigert werden, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Empfang
der Rechnung Zahlung erfolgt. Erfüllungsort ist Memel.
Anzeigen für die folgende Nummer bestimmt
sind spätestens bis vorm. 10 Uhr einzuliefern.
Telephonische Anzeigenannahme ohne Gewähr für
Richtigkeit.
Belag-Exemplare kosten 2,00 M.
Fernrechnungen: 26 und 28.

nr. 185

Memel, Donnerstag, den 10. August 1922

74. Jahrgang

Staatsrat des Memelgebietes

Der Lohnsteuerabzug ab 1. Oktober beschlossen — Gleichberechtigung der heimischen deutschen und litauischen Sprache im Memelgebiet — Einsetzung einer Sachverständigenkommission zur Prüfung der Währungs- und Finanzfragen

Der Staatsrat des Memelgebietes hielt am gestrigen Mittwoch eine Sitzung ab, in der eine Reihe bedeutungsvoller Beschlüsse gefasst wurden. Zunächst wurde, nachdem die zuständige Kommission die Vorlage eingehend durchberaten hatte, beschlossen, ein neues Einkommensteuergesetz ab 1. Oktober in Kraft treten zu lassen, das wie in Deutschland für Lohn- und Gehaltsempfänger den Steuerabzug bringt. Die Sätze betragen für jährliche Einkommen bis 100 000 M. 10 Prozent, wobei Abzüge für gewisse nicht steuerpflichtige Teile des Einkommens gemacht werden dürfen. Von 100 000 bis 170 000 M. jährliches Einkommen tritt eine etwas härtere Steigerung ein, doch beträgt bei 170 000 M. Einkommen die Gesamteinkommensteuer genau 80 Prozent der deutschen. Dieses Verhältnis bleibt bestehen bis zu einem Einkommen von 2 Millionen. Der Höchstsatz der Steuer bei großen Einkommen soll insgesamt 90 Prozent des Einkommens betragen.

In ausführlicher Aussprache behandelte der Staatsrat das Thema der Gleichberechtigung der Sprachen im Memelgebiet. Es lag eine Vorlage vor, der gegenüber sowohl von national-litauischer wie auch von anderer Seite eine Reihe Einwände erhoben wurden. Auch lagen zwei Eingaben, die von uns bereits mitgeteilt des Deutsch-Litauischen Heimatbundes und eine andere des neugegründeten Bundes memelländischer Litauer vor. Es wurde besonders die Frage erörtert, welche litauische Sprache im Memelgebiet die Gleichberechtigung erhalten solle, wobei vorzugsweise hingewiesen wurde, daß die in Großlitauen übliche Sprache im Memelgebiet gar nicht verstanden werde. Nachdem die Sitzung schließlich auf eine halbe Stunde zu Verhandlungen vertagt war, kam es zu einer Einigung über den Wortlaut der Verordnung. Die Sprachenverordnung — wir bringen ihren Wortlaut nach den Beschlüssen des Staatsrats an anderer Stelle des Blattes — wurde schließlich unter Beifall einstimmig angenommen. Der einleitende Paragraph 1 sagt, daß die heimischen Sprachen deutsch und litauisch im Memelgebiet gleichberechtigt sein sollen.

Nach Erledigung einiger kleiner Vorlagen teilte Landespräsident Dr. Steputat mit, daß der Oberkommissar eine Kommission von Finanzsachverständigen eingesetzt wünsche, welche die Finanzen der Valuta, der Geldwährung und der finanziellen Verhältnisse prüfen soll. Diese Kommission soll aus zwei Mitgliedern des Landesdirektoriums, zwei des Staatsrats und zwei vom Oberkommissar auf Vorschlag der Handelskammer zu ernennenden Mitgliedern bestehen.

An die Sitzung, welche um 10^{1/2} Uhr vorm. begann und gegen 12^{1/2} Uhr endete, schloß sich noch eine vertrauliche Besprechung des Staatsrats.

Vollversammlung des Staatsrats

vom 9. August 1922

Die Sitzung wurde durch den Vizepräsidenten Kraus eröffnet, der die Präsenzliste feststellte. Anwesend waren 15 Staatsratsmitglieder. Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung die Verordnung betreffend

Neuregelung der Einkommensteuer

Einkommen- und Lohnsteuergesetz für das Memelgebiet.

Assessor v. Schlenker führte hierzu u. a. aus, daß das Landesdirektorium den im Mai vom Staatsrat angenommenen Einkommensteuervorschlag angefaßt der riesigen Geldentwertung noch einmal vom Oberkommissar, dem er zur Bestätigung bereits zugegangen war, zurückerbeten und einer Abänderung unterzogen habe. Gleichzeitig solle damit auch eine Lohnsteuer, wie sie in Deutschland eingeführt wurde, verbunden werden, nach welcher der Arbeitgeber verpflichtet ist, einen steuerlichen Lohnabzug vorzunehmen. Zur Vermeidung größerer Verwirrung und Rechtsunsicherheiten entschloß sich das Landesdirektorium, das ganze Gesetz durchzuarbeiten und neu durchzuparagraphieren. Der vorgelegte umfangreiche Entwurf sei das Ergebnis dieser Arbeit.

Drei Punkte der Neuregelung sind besonders hervorzuheben. Zunächst ist die Veranlagung hinausgeschoben auf den 31. März des Steuerjahres. Nach dem alten Verfahren erfolgte die Veranlagung vor Beginn des Steuerjahres nach dem Einkommen, das der Jenist im Kalenderjahr vorher gehabt hat. Dieses Verfahren führte in letzter Zeit zu Unzutraglichkeiten, zunächst deshalb, weil bei der allgemeinen Geldentwertung der Staat mit den Steuern nachhinkte. In zweiter Linie ist die Abänderung deshalb nötig geworden, weil der Lohnsteuerpflichtige seine Steuern vom laufenden Einkommen zahlt und dieses bei der jetzt herrschenden Geldentwertung höher ist. Es wäre dem Lohnsteuerpflichtigen gegenüber eine Ungerechtigkeit gewesen, wenn man sie anders behandeln wollte wie die anderen Jenisten. Schließlich war die Änderung auch deshalb erforderlich, weil sehr häufig eine Nachveranlagung vom Lohnsteuerpflichtigen aus sehr vielen Gründen nötig ist. Da man aber nicht nach zwei verschiedenen Kalenderjahren rechnen kann, war es erforderlich, sie allgemein nach dem laufenden Einkommen, während des Steuerjahres, zu veranlagern. Da man aber nun das Einkommen zu Beginn des Jahres noch nicht kennt, war die Veranlagung auf den 31. März des Steuerjahres zu verlegen.

Der zweite Punkt sind die Tarife. Im Memelgebiet gibt es noch die alte preussische Staatseinkommensteuer und die Kommunal-

zuschläge. Bei der ersten Beratung des Einkommensteuergesetzes war vorgesehen, die Kommunalzuschläge auf 200 Prozent zu beschränken. Der Entwurf war so ausgearbeitet, daß auf keinen Fall die Sätze der deutschen Reichseinkommensteuer überschritten wurden. Nach dem jetzt vorliegenden Tarif beginnt die Belastung wie bei der deutschen Reichseinkommensteuer mit 10 Prozent. (D. h. also, daß das nach den verschiedenen vorgesehenen Abzügen verbleibende Einkommen einem zehnprozentigen Abzug unterliegt.) Dieser Prozentsatz wird bis zu einem Einkommen von 100 000 M. erhoben. Sodann tritt eine etwas schärfere Steigerung ein und zwar bis zu 170 000 M. Bei diesem Satz beträgt die memelländische Gesamtbelastung genau 80 Prozent der deutschen Gesamtbelastung und bleibt bestehen bis zu einem Einkommen von zwei Millionen. Bei den höchsten Einkommensstufen kommt schließlich eine Erfassung von 42 Prozent insgesamt in Frage. Die Kommission hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß dies die höchstmögliche Erfassung ist, da schon vorher umfangreiche andere Steuern abgehen. Bei den übrigen nichtphysikalischen Personen ist genau der gleiche Tarif geblieben wie er im Mai angenommen wurde.

Der dritte Punkt ist die Lohnsteuer. Sie schließt sich ziemlich genau an das deutsche Verfahren an. Es ist ein Klebeverfahren vorgesehen wie bei der Alters- und Invalidenversicherung. Die Sätze für den Lohnabzug sind so hoch, daß keine Kommunalsteuerzuschläge mehr erhoben werden dürfen; sie sind schon einkalkuliert. Die Kommunen erhalten nachträglich bei der Abrechnung ihren Anteil. Es wäre vielleicht noch hervorzuheben, daß bei der Beratung im Mai die Stadt Memel und die Kreise das Recht erhalten sollten, auf den Staatsanteil an Einkommensteuer bis zu einem gewissen Prozentsatz allgemein zurückzugreifen, während nach dem jetzigen Entwurf mit Zustimmung der Stadt Memel und der Kreise der Rückgriff auf das Lohnsteuerrückgehalt — es sind eigentlich 100 Prozent Staatssteuer — nicht gegeben ist. Die Staatskasse stellt sich also etwas besser als nach der Mai-Abänderung.

Nach Entgegennahme dieses Referats schlug Staatsrat von Schlenker vor, keine allgemeine Besprechung zu eröffnen, da die Materie ja bereits im Mai sehr eingehend behandelt und dieser neue Entwurf auch in der Kommission eingehend durchgesprochen worden sei. Es handle sich bei dem vorliegenden Entwurf nur um eine Redaktion des ganzen Gesetzes, wie es früher war. Er mache deshalb den Vorschlag, sofort in die Einzelberatung einzutreten.

Der Staatsrat erklärte sich damit einverstanden.

Staatsr. v. Schlenker begann hierauf mit der Aufzählung der einzelnen Paragraphen, wobei er die von der Kommission beschlossenen Abänderungen jeweils zur Sprache brachte.

Die Änderungen sind nicht erheblich. Bei § 5 entfällt eine kurze Debatte, hervorgerufen durch Staatsr. Wessel, der Auskunft darüber verlangt, ob die Auslandszulagen versteuert werden müssen, was bejaht wird, da diese als Dienstvermögen zu betrachten sind und mit Aufwandsentschädigung — wie Staatsr. Wessel annahm — nichts zu tun haben.

Zu einer längeren Debatte kommt es bei § 8 über den Absatz II, 5, der lautet: In Abzug zu bringen sind „die auf Grund rechtlicher Verpflichtung vom Steuerpflichtigen zur allmählichen Tilgung eines auf seinem Grundbesitz lastenden Schuldkapitals zu entrichtenden Beiträge, insofern dieselben 1 Prozent des Kapitals und den Betrag von 600 M. jährlich nicht übersteigen.“

Staatsr. Reissgys findet die Summe von 600 M. viel zu niedrig.

Staatsr. v. Schlenker: Es handelt sich um Amortisationskapital. Die 600 M. sind nicht zu niedrig angesetzt. Ich überlasse es Ihnen, Vorschläge zu machen, möchte aber darauf aufmerksam machen, daß die Hypotheken kolossal entwertet sind und zwar in gar keinem Verhältnis zur Geldentwertung.

Staatsr. Reissgys will davon absehen, einen Antrag zu stellen, da er wahrscheinlich keine Unterstützung finden würde.

Staatsr. Gubba meint, die Hypotheken würden im Wert bald steigen, und man würde bald Sorge haben, Hypotheken zu bekommen. Landespräsident Dr. Steputat findet die Bedenken des Staatsr. Reissgys durchaus berechtigt.

Staatsr. v. Schlenker: Der Betrag wurde willkürlich angesetzt, er könnte auf 1000 M. erhöht werden.

Staatsr. Gubba bittet, die Amortisationen vollkommen frei zu lassen. Es komme eine Doppelbesteuerung dabei heraus. Der Amortisationsbetrag würde alljährlich versteuert. In dem Augenblick nun, wo die Hypothek abgezahlt oder diejenige Summe erreicht ist, die es erlaubt die Amortisation abzuhängen, tritt die Summe nochmals in die Erhebung und zwar in der Buchführung (Zuruf: Aber nicht als Kapital!), in den meisten Fällen als Einkommen. Der Landwirt wird Rückstände damit bezahlen wie Dünger, Futtermittel usw. Dadurch kommt der Betrag noch einmal in die laufende Buchführung.

Staatsr. Rasthal: Wir können den Betrag ruhig erhöhen. Die gänzliche Steuerbefreiung der Amortisationen könnte aber dahin führen, das Kapital in Hypotheken anzulegen und so im Wege des Amortisationsverfahrens das steuerfähige Einkommen zu verringern.

Staatsr. v. Schlenker führt aus, er könne Staatsr. Gubba nicht ganz beipflichten. Man könne an die Sache nicht herankommen. Doch könne man etwas entgegenkommen und eine höhere Summe ansetzen.

Staatsr. Reissgys will einen Antrag stellen. Bis zu seiner Formulierung wird in der Einzelberatung fortgefahren.

Vizepräsident Kraus: In § 9 Abs. 6 heißt es: „Aber die Frage, ob ausreichende Buchführung im Sinne der Absätze 2 bis 5 vorliegt, entscheidet die Berufungskommission endgültig. Auf Verlangen des Beteiligten ist vorher ein Sachverständiger zu hören.“ Ich frage: Ist die Berufungskommission wirklich so zusammengesetzt, daß sie sich ein Urteil darüber bilden kann, ob die vorgelegten Bücher stimmen? Die Berufungskommission hat doch viel zu wenig Zeit, sich überhaupt mit der Materie zu beschäftigen.

Staatsr. Rasthal ist der Ansicht, daß, wenn Sachverständige hinzugezogen werden und deren Urteil angehört ist, das Oberverwaltungsgericht damit nicht belastet werden dürfe.

Staatsr. v. Schlenker: Bisher hat die Berufungskommission keine Sachverständigen hinzugezogen. Jetzt kann der Steuerpflichtige verlangen, daß ein solcher zugezogen wird und er kann ihn auch benennen. Das Oberverwaltungsgericht soll nur Revisionsinstanz sein. Das Tatsächliche muß von der vorherigen Instanz geklärt sein.

Vizepräsident Kraus stellt nach dieser Erörterung seine Bedenken zurück.

Man kommt wieder auf den § 8 zu sprechen, zu dem nunmehr zwei Anträge vorliegen, einer vom Staatsr. Reissgys, der die steuerfreie Summe bei Amortisationen von 600 auf 3000 M., und einer vom Staatsr. Gubba, der sie auf 12 000 M. erhöht wissen will. Am diese beiden Anträge schließt sich nun abermals eine längere Aussprache.

Staatsr. Gubba begründet seinen Antrag. Es falle sehr schwer, auf ländliche Grundstücke Hypotheken zu bekommen. Wenn früher 600 M. abzugsfähig waren, entsprach das ungefähr einem Betrag von 60 000 M. Eine Amortisation von 3000 M. spiele heute nur in ganz kleinen Betrieben eine Rolle. Man müsse mit den heutigen Verhältnissen rechnen. Deshalb habe er 12 000 M. vorgeschlagen, zumal ein Antrag, die Amortisationen ganz steuerfrei zu lassen, überhaupt nicht durchgehen würde. Er bitte, diesen Antrag nicht abzulehnen.

Staatsr. Suhr: Die Summe des Herrn Gubba ist zu hoch; sie gleicht einem Kapital von 600 000 M. Wenn wir aber die Einkommen, die die Erben versteuern, zugrunde legen und wenn dann noch solche Beträge abgezogen werden, muß der Staat dem Betroffenen noch etwas zuzahlen, denn die Einkommen werden so gering angegeben. Ich bin gegen den Antrag Gubba.

Staatsr. Rasthal: Für Güter kann man heutzutage ohne Mühe eine Hypothek von 2 Millionen bekommen, denn es werden für Güter 12 Millionen bezahlt, die früher 200 000 M. gekostet haben. Eine Hypothek auf einem Gut ist die sicherste Geldanlage, denn das Gut behält seinen Wert. Ich kann mich den Ausführungen des Herrn Suhr nur anschließen. Ich habe hunderte solcher Fälle aus der Landwirtschaft bearbeitet. Wenn vom Einkommen noch 10- oder 12 000 M. abgezogen würden, würde das Ergebnis ein ganz trauriges sein. Dann würde nichts übrig bleiben.

Staatsr. Gubba bezweifelt, daß heute überhaupt Amortisationen von 12 000 M. vorkommen. Es könnten also die von den beiden Vordnern erwähnten Fälle eintreten. Meiner Ansicht nach sind die Kapitalisten viel zu klug, um den Güterpreisen, die vorhin angeführt wurden, zu trauen. Die Geldverleiher wissen ganz genau, daß diese Preise zusammenbrechen in dem Augenblick, wo die Markt sich erholt.

Staatsr. v. Schlenker bittet, den Antrag Reissgys anzunehmen.

In der nunmehr erfolgenden Abstimmung wird der Antrag Gubba gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt, der Antrag Reissgys einstimmig angenommen. Ein weiterer Antrag Gubba, die Worte „1 Prozent des Kapitals“ durch die Worte „bis zu 2 Prozent des Kapitals“ zu ersetzen, wird angenommen.

Den übrigen Paragraphen wird ohne wesentliche Debatte zugestimmt.

Das ganze Gesetz, das 105 Paragraphen umfaßt, wird alsdann einstimmig angenommen.

Hierauf erfolgt die Beratung der durch das neue Einkommensteuergesetz nötig gewordenen Hilfs Gesetze, der Verordnung betr. Abänderung des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juni 1893 und der Verordnung betreffend Abänderung des Kreis- und Kommunalabgabengesetzes vom 23. April 1906. Diese beiden Gesetze werden nach einem Referat des Assessor v. Schlenker ebenfalls einstimmig angenommen.

Als zweiter Punkt steht auf der Tagesordnung der Antrag Proschaitis betreffend

Einrichtung einer Sühnestelle

Danach beantragen die Staatsräte Proschaitis, Reissgys, Baldschütz und Paura:

„Es wird beantragt, eine Verordnung auszuarbeiten, wonach Streitigkeiten bis zu 300 M. erst an eine bei den Amtsgerichten zu errichtende Sühnestelle oder an einen Schlichtungsaußschuß verwiesen werden.“

Da der Antragsteller Proschaitis nicht mehr Staatsratsmitglied ist, übernimmt Staatsr. Hansen die Berichterstattung über den Antrag. Er führt etwa aus: Der Antrag wurde der Kommission IV. überwiesen.

Die Kommission hat sich zunächst vom Justizauschuss beim hiesigen Landgericht ein Gutachten erlassen lassen. Der Justizauschuss hat das Bedürfnis für eine solche Verordnung nicht anerkannt und darauf hingewiesen, daß bei der heutigen Gebietsverteilung ein Streitobjekt in dieser Höhe kaum noch vorliegt. Jedenfalls ist es eine verschwindend kleine Zahl. Dann weist der Redner darauf hin, daß heute die

Möglichkeit des Sühneverfahrens
schon in großem Umfang gegeben ist, wovon in der Praxis allerdings kaum Gebrauch gemacht wird. Zunächst wird darauf hingewiesen, daß die alte Schiedsgerichtsordnung von 1879 besteht. Sodann sind nach einer Entlassungsverordnung für die Gerichte vom 9. September 1915 die Amtsgerichte angewiesen, in allen Fällen, in denen die Parteien ersuchen, zunächst einen Sühneveruch zu machen. Unter Angabe des Gegenstandes kann jede Partei bei ihrem Amtsgericht beantragen, daß dieses zum Zweck eines Sühneveruchs Termin bestimmt. Auch von dieser Bestimmung wird auffallend wenig Gebrauch gemacht. Bei der bekannnten Prozeßsucht der hiesigen Bevölkerung könnte diese Verordnung sehr nützlich wirken. Diese Bestimmung scheint aber wohl zu wenig bekannt zu sein, es wäre deshalb sehr zu begrüßen, wenn die Bevölkerung sich mit dieser Bestimmung mehr vertraut machen würde. In Preußen wurden recht gute Ergebnisse damit erzielt. Eine ganze Reihe Streitigkeiten wurden geschlichtet, ohne daß weitere Kosten entstanden. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Prozeßsucht abnimmt, wenn man den Parteien die ganzen Folgen klar macht, und daß es in den allermeisten Fällen schon im ersten Termin gelingt, die Parteien zu einem Sühneverfahren zu gewinnen. Ein Zwang zu einem Sühneverfahren besteht nicht. Das ist ein Mangel. Die Frage, ob in sämtlichen Prozessen ein Sühneveruch erfolgen soll, ist eine Frage, die in Deutschland schon seit längerer Zeit gerührt wird. Wir müssen abwarten, was dabei herauskommt. Mit einer Verordnung im Sinne der Antragsteller würde man in der Tat bei den jetzigen Zuständen nichts erreichen.

Der Antrag wird zurückgezogen.
Nunmehr kommt ein

Antrag Korseh
zur Beratung, der besagt:
„Die Kreisordnung ist dahin abzuändern, daß in Dörfern von über 1500 Einwohnern (s. B. Wischwill) nicht die Gemeindevertretung den Kreisabgeordneten wählt, sondern durch geheime Verhältniswahl aller Wahlberechtigten die Wahl des Kreisabgeordneten vollzogen wird.“

Staatsr. v. Schlenker: Rechtlich liegt die Sache so: Wenn eine Kreiswahl stattfindet, wird nach der Zahl der Einwohner des Kreises festgestellt, wieviel Abgeordnete zu wählen sind; dann wird die Zahl der Abgeordneten in die Zahl der Einwohner und danach werden die Bezirke gebildet. Wenn man, wie es in Wischwill der Fall ist, auf eine Gemeinde von 1500 Einwohnern ein Abgeordneter entfällt, dann hat die Gemeinde das Privilegium, selbst einen Abgeordneten zu wählen. Nun ist für solche Fälle bestimmt worden, daß die Gemeindevertretung zu wählen hat, die ja nach demselben Prinzip gewählt ist wie die Kreisabgeordneten. Es ist also ganz natürlich, nochmals Urwahlen vorzunehmen, wenn die Gemeindevertretung schon festgelegt ist. In Wischwill soll nun die Wahl, wie überhaupt nicht, seinerzeit nicht ordnungsmäßig zustande gekommen sein. Das war nicht mehr nachzuprüfen. Eine Änderung des Kreiswahlgesetzes ist beabsichtigt, vorläufig liegt jedoch keine Veranlassung vor. Die Kommission bittet, den Antrag Korseh abzulehnen.

Staatsr. Korseh begründet seinen Antrag. Im Jahre 1919 hätten die Gemeindevahlen in Wischwill stattgefunden. Er hätte nichts gegen das Privileg, wenn nicht die Bürgerlichen sich bei den Gemeindevahlen im Jahre 1919 so schamlos benommen hätten. Die Wahlen, die am 1. Uhr stattfinden, sollen um 10 Uhr erst angekündigt werden. (Als Korseh den Ausdruck „schamlos“ wiederholt, wird er vom Vizepräsidenten Kraus, der ihm vorher verworren hatte, zur Ordnung gerufen.) Der Protest der Arbeiterschaft ist wahrscheinlich in den Papierkorb geworfen. Wie soll man sich da ausdrücken. Der Ausdruck würde auch so ausfallen. (Beifall.) Dieses Verkommen veranlaßt uns, den Antrag zu stellen. Ich bitte, ihn anzunehmen.

Vizepräsident Kraus: Die Kommission war der Ansicht, daß dem Antrag nicht stattgegeben werden solle. Ich stelle den Kommissionsantrag zur Abstimmung.

Der Kommissionsantrag wird gegen vier Stimmen angenommen. Damit ist der Antrag Korseh abgelehnt.

Vizepräsident Kraus bemerkt, daß der Antrag abgelehnt wurde, weil jetzt nicht die Zeit sei, über derartige Dinge zu reden, da ja voranschreitend in allerhöchster Zeit die Verhältnisse sich hier anders regeln werden.

Hierauf beriet der Staatsrat die Sprachenverordnung, worüber an anderer Stelle berichtet wird.

Lerchenfeld in Berlin eingetroffen

Berlin, 9. August. (Tel.) Der bayerische Ministerpräsident ist in Begleitung der Minister Schweder und Gierler heute vormittag in Berlin eingetroffen. Lerchenfeld begrüßte den Reichspräsidenten und den Reichskanzler. Um 11 Uhr begannen in der Reichskanzlei Verhandlungen unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten. An den Verhandlungen nahmen außer den bereits genannten bayerischen Ministern der bayerische Gesandte von Preger teil. Von den Reichsministern wohnten der Reichskanzler, der Reichsjustizminister, der Reichsminister des Innern, der Reichswirtschaftsminister und der Morgen aus Bayern zurückgekehrte Reichsernährungsminister den Beratungen bei. Die Aussprache erstreckte sich über den ganzen Komplex der zwischen Reich und Bayern zu behandelnden Fragen und nahm einen ruhigen sachlichen Verlauf. Sie wird nachmittags in Einzelbesprechungen zwischen den beteiligten Ressorts fortgesetzt.

Die Internationalisierung der Memel

Kowno, 8. August. Die Entente teilte der litauischen Regierung mit, daß die Anerkennung Litauens de jure unabhängig mit der Frage der Internationalisierung der Memelländchen verknüpft ist.

Ostpreußen und die Getreideumlage

Zur Stellungnahme Ostpreußens in der Getreideumlage wird jetzt von der Pressestelle des Oberpräsidenten in Königsberg mitgeteilt, daß Vertreter der Landwirtschaft erklärt haben, daß jetzt, nachdem die Vorlage Gesetz geworden ist, sie es durchaus für ihre Pflicht halten, auch an der Unterbreitung mitzuwirken, doch nur unter der Voraussetzung, daß die Umlage für Ostpreußen erträglich sei. Bei der Umlage in der jetzigen Höhe sei dies nicht der Fall. Daraufhin sind Verhandlungen mit dem Reichsernährungsminister und dem Staatskommissariat für Volksernährung wegen Entsendung von Kommissaren zur Besichtigung der Gebiete, in denen eine Mitherrante zu beschließen ist, eingeleitet worden. Die Besichtigung hat ergeben, daß hauptsächlich in den masurischen Kreisen ein ungünstiger Stand der Getreidefelder zu verzeichnen ist. Die Entsendung der Berliner Stellen auf den Antrag auf Ermäßigung der Umlage bleibt abzuwarten.

Die sächsische Landtagskrise

As. Berlin, 9. August. (Priv.-Tel.) Wie das „Berl. Tagebl.“ aus Dresden meldet, tritt der sächsische Landtag am 23. August zu einer Plenarsitzung zusammen, in der über das Volksbegehren auf Landtagsauflösung Beschluß gefaßt werden soll.

Das preussische Beamtengesetz

Berlin, 9. August. (Tel.) Laut „Volk. Stg.“ liegen Teile des Entwurfs eines allgemeinen preussischen Beamtengesetzes, das vom Staatskommissar für die Vorbereitung der Verwaltungsreform ausgearbeitet wird, dem Preussischen Staatsministerium bereits vor. Es handelt sich hierbei namentlich um das Disziplinarrecht. Mit den Spitzenorganisationen der Beamten findet am 22. und 23. September eine Vorbesprechung über das Beamtengesetz statt.

Annahme der Sprachenverordnung im Staatsrat

Dem Staatsrat des Memelgebietes lag in seiner Sitzung am Mittwoch der Entwurf einer Verordnung über die Gleichberechtigung der Sprachen im Memelgebiet vor, nach der in § 1 die deutsche und die litauische Sprache im Memelgebiet gleichberechtigt sein sollen. Dazu lag dem Staatsrat die von uns bereits mitgeteilte Entscheidung der am Sonntag in Riga abgehaltenen Bundesversammlung des Deutsch-Litauischen Heimatbundes vor, in der u. a. ein Wortlaut gefordert wurde, nach dem die deutsche und die memelländisch-litauische Sprache gleichberechtigt sein sollen, wobei auch auf den früheren Hinweis Bezug genommen wurde, daß der litauische Teil des „Amtsblattes“ in der seit Jahrhunderten hier üblichen Verkehrssprache erscheinen möge, da bisher das „Amtsblatt“ in einer künstlichen Sprache (unter Zugrundelegung des in Großlitauen üblichen Dialekts) erschien, die hier nicht verstanden wird. Weiter lag eine Eingabe des kürzlich begründeten „Bundes memelländischer Litauer“ vor, in der es heißt: „Wir stehen auf dem Standpunkt, daß sowohl die deutsche wie die litauisch sprechenden Memelländer wirtschaftlich zusammengehören. Zur Förderung dieser wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit würde es u. a. erheblich beitragen, wenn die Gleichberechtigung der litauischen und deutschen Sprache durch eine Verfügung oder eine besondere Verordnung festgelegt würde. Es würde damit der memelländischen Agitation, die wir memelländischen Litauer durchaus verurteilen, die wichtigste Handhabe genommen werden. Wir bitten deshalb, den Erlaß einer Sprachenverordnung zu veranlassen.“ Diese Eingabe trägt die Unterschriften Baldischus, Knapel, Peltz und Pagaltis.

Der Wortlaut der Sprachenverordnung

wie sie vom Staatsrat schließlich angenommen wurde, ist folgender:

§ 1. Die heimischen Sprachen Deutsch und Litauisch sind im Memelgebiet gleichberechtigt.
In der Vorlage hieß dieser § 1: „Die deutsche und litauische Sprache sind im Memelgebiet gleichberechtigt.“

§ 2. Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Grundsatz erfolgen durch besondere Gesetze; sobald und soweit solche erlassen werden, tritt der bestehende rechtliche wie tatsächliche Zustand außer Geltung.

§ 3. Ueber die in § 2 erwähnten besonderen Gesetze sollen die örtlichen Wünsche der Bevölkerung, die praktische Durchführbarkeit, sowie die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden, der Kommunalverbände und des Staatshaushalts maßgebend sein.

§ 4. Auch schon vor Erlaß der besonderen Gesetze des § 2 müssen Eingaben in litauischer Sprache von den Behörden bearbeitet werden, wenn und soweit den betreffenden Behörden litauisch sprechende, als Dolmetscher geprüfte Beamte zur Verfügung stehen. Die nicht geprüften litauisch sprechenden Beamten sind binnen 6 Monaten durch eine vom Landesdirektorium zu ernennende Prüfungskommission als Dolmetscher zu prüfen. Ferner wurde folgender neuer § 5, der in der Vorlage nicht enthalten war, beschlossen:

§ 5. In allen Versammlungen und Sitzungen kann jeder diejenige der beiden Sprachen sprechen, die er gebrauchen will, ohne Anspruch auf Dolmetschung.

Landespräsident Dr. Steputat:

Es handelt sich um eine Vorlage von grundlegender Bedeutung; ihr Zweck ist die Erhaltung des inneren Friedens. Es kann dagegen gespart werden: dieser innere Friede ist ja schon da, er kann durch ein paar Rascheln, die sich als große Patrioten erheben, aber mit der Politik und dem Patriotismus Geschäfte machen wollen, doch nicht gestört werden. Es ist richtig, meine Herren, an sich herrscht hier im Memelgebiet ein völkischer Frieden ein richtiger Friede. Durch verdammtschlaflige Beziehungen und durch wirtschaftliche Zusammengehörigkeit sind die Litauer und die Deutschen so eng miteinander verbunden, daß man von einer geschlossenen Einheit sprechen kann. Ganz vereinzelte Ausnahmen bestätigen nur diese Regel. Aber trotzdem bleibt es richtig, daß mancher Litauer einen Stachel im Herzen trägt, deswegen, weil seine Muttersprache nicht offiziell als gleichberechtigt mit der deutschen Sprache anerkannt wird. (Sehr richtig!) Auch ich glaube, daß es im allgemeinen Interesse liegt, diesen Stachel zu beseitigen. Der Redner weist dann darauf hin, daß es gewisse Ideale gebe, welche meinen, es liege im kulturellen Interesse, kleinere Sprachsplitter nicht zu fördern, weil die Kultur, der Fortschritt im wesentlichen von den großen Kulturprachen abhängen. Diese Ansicht wäre richtig, wenn es das letzte Ziel der Menschheit in völkischer und staatlicher Hinsicht sei, daß ein Staat, eine Kulturlandschaft, eine einzige Sprache entfalte. Aber dieses Ziel liegt doch auf jeden Fall zu fern, um für die Tagespolitik im Memelland als Richtschnur zu dienen. Außerdem könne auch vom ideellen Gesichtspunkt aus die Erhaltung der litauischen Sprache durchaus erwünscht sein. Die litauische Sprache gehöre ähnlich wie die griechische Sprache zu den schönsten Sprachen und sei wegen ihrer nahen Verwandtschaft mit dem Sanskrit für die Sprachwissenschaft von außerordentlicher Bedeutung. Schon dies kann eine Rechtfertigung dafür sein, daß sich der litauischen Sprache gegenüber auch die anders sprechenden freundlich verhalten. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß vielleicht das Memelgebiet die letzte Zufluchtsstätte für die litauische Sprache wird, denn daß für die Pflege der litauischen Sprache in Großlitauen der starke polnische Raub ein besonderes Interesse hat, das wird wohl niemand annehmen, und daß, wenn Rußland wieder erstarkt, die Möglichkeit vorliegt, daß aus wirtschaftlichen Zwangsgründen die Randstaaten sich in irgend einer Form wieder an Rußland anschließen, ist gleichfalls zur Mindesten möglich. Wenn aber hier die litauische Sprache den gleichen Schutz erhält wie die deutsche, dann ist sie sozusagen für immer gesichert, denn daß die deutsche Sprache vernichtet werden könnte, ist nicht anzunehmen. Selbst aber wenn wir von idealen Gesichtspunkten absehen, müssen wir doch zugestehen, daß unsere eigenen Bedürfnisse für die Bevölkerung des Memelgebietes einen erweiterten Gebrauch der litauischen Sprache erwünscht erscheinen lassen. Es können wohl alle Memelländer außer der litauischen Sprache deutsch sprechen oder verstehen, aber manche sprechen doch schlecht und sie fühlen sich, wenn es in irgend einer Lage auf den Wortlaut ankommt, benachteiligt. Dies darf nicht zum Gefühl der Rechtsunsicherheit führen. Deutsch Sprechende werden vielleicht sagen, die Verordnung gehe zu weit, da sie einer für die moderne Kultur nicht ausreichenden Sprache ein künstliches Leben einhauche. Ich halte dieses Bedenken nicht für angebracht. Das Recht hält eine Sprache nicht am Leben. Das Fortleben, die Entwicklung einer Sprache hängt von ihrer inneren Kraft ab, von ihrer Fähigkeit, sich zu behaupten. Wenn andererseits einige Litauer sagen, die Sprachenverordnung gehe nicht weit genug, und vielleicht bedingungslos Einführung verlangen, würde diese Forderung auf Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse im Memelland beruhen. Man kann nicht nach einem einzelnen, überwiegend mit Litauern bewohnten

Dorf auf das ganze Memelgebiet schließen. Eine solche Agitation würde der litauischen Sprache selber schaden. Wenn recht bedingungslos und auch tatsächlich die litauische Sprache der deutschen vollkommen gleichberechtigt würde, wenn sämtliche Behörden litauischen Eingaben überschwemmt würden, dann könnte es gar nicht ausbleiben, daß die ganze Verwaltung ins Stock gerate. Wenn das eintritt und wenn insbesondere noch hinzukommt, daß zur Vermeidung dieser Stockungen und zur Ermöglichung einer raschen Verwaltung ganz unverhältnismäßig große Kosten aufgewendet werden, und zu ihrer Deckung dann Steuerzahler zu erheblich höheren Steuern herangezogen werden müßten, dann könnte es kommen, daß sich gegen litauische Sprache als Amtssprache ein Sturm erhebt und unter den Litauern selber. Der Beamtenbedarf an litauisch sprechenden Beamten, soweit er nach Vorlage notwendig ist, ist schon jetzt gedeckt. Das Landesdirektorium hat 15 litauisch verheiratete Beamte, die Justizverwaltung im Ganzen mit den übrigen Staatsverwaltungen zusammen 47. Nicht da einbezogen ist die Zoll- und die Landespolizeiverwaltung, nämlich in letzterer ist der Prozentsatz außerordentlich groß. Es wäre also möglich sein, die Verordnung, wie sie jetzt vorliegt, praktisch handhaben. Die Verordnung geht schrittweise vor und geht Mittelweg, der im öffentlichen Leben immer der rechte ist. Das Landesdirektorium wird gerne praktischen Änderungen, die hier vorgeschlagen werden, zustimmen. Wir bitten Sie aber dringend um einstimmige Annahme der Verordnung, im Interesse des Memelgebietes, dem auch dieses Gesetz zum Segen gereicht. (Beifall.)

Der Vorsitzende Kraus führte aus: Ich stimme der vorliegenden Sprachenverordnung zu; ich halte sie aus politischen und sachlichen Gründen für zweckmäßig und in unserem zweisprachigen Gebiet für gerecht, denn die Angehörigen der beiden hier lebenden Nationen sollen auch in Zukunft friedlich zusammen leben.

Nachdem der Vorsitzende die beiden Eingaben des Deutsch-Litauischen Heimatbundes und des Bundes memelländischer Litauer verlesen hatte, führte

Staatsr. v. Schlenker aus, daß die Kommission die Beratung geprüft habe und Annahme empfehle mit einer kleinen Änderung. Wir haben das alte preussische Gesetz gehabt, daß die Amtssprache deutsch ist. Die Gemeinde- und Amtsvorsteher haben jedoch bisher auch meist litauische Eingaben angenommen und erledigt. Ich Landrat des Kreises Tilsit war, ist eigentlich nie eine Beschwerde darüber gekommen. Ich sehe gar nicht ein, warum die hiesige Bevölkerung nicht schreiben soll, wie es ihr am bequemsten ist, aber Sache hat zwei Seiten. Sie wissen, was uns der Beamtenapparat schon jetzt kostet. Wenn wir nun einen doppelten Satz Beamten haben sollen, und wenn wir auch bei der kleinsten Behörde einen Dolmetscher anstellen, würde das teuer, daß eine große Empörung ausbrechen würde, da die Bevölkerung nicht von der Notwendigkeit durchdrungen ist. Infolgedessen hat diese Verordnung ein zweckmäßiges Uebergangsstadium geschaffen. Wir müssen auch Dolmetscher haben, die imstande sind, die Sachverhalte zu übersetzen. Vielfach kann eine litauisch sprechende, aber nicht litauisch schreiben und lesen. Vielleicht würde es auch da kommen, daß auch andere, die Nichtlitauer sind, litauisch sprechen lernen, wie das verschiedentlich bereits der Fall ist.

Staatsr. Baldischus dankte dem Landesdirektorium, daß es mit dieser Frage beschäftigt habe. In keinem Fall könne er aber § 3 annehmen. Dieser Paragraph suche die praktische Durchführung zu verhindern. Der Präsident antwortete sich dahin, daß es den Litauern darauf ankomme, litauisch offiziell als Amtssprache anerkannt zu sehen. Ihnen komme es auch darauf an, daß dies praktisch durchgeführt werde. Auch wünscht der Redner den § 4 abgeändert und hinzugefügt, daß Maßnahmen zu treffen sind, daß bei allen Behörden Beamte, welche die litauische Sprache beherrschen, genügend der Zahl vorhanden sind. In der neuen Verfassung des Deutschen Reiches sehe der Artikel 113 vor, daß fremdsprachige Volksteile des Reiches durch die Gesetzgebung und Verwaltung in ihrer Entwicklung nicht beeinträchtigt werden dürfen. In der Praxis dort ist, wissen wir.

Staatsr. v. Schlenker sieht Schwierigkeiten bei größeren Gemeinden. Es sei auch darauf aufmerksam zu machen, wie die Sache bei der Post und bei der Eisenbahn werden soll. Die für Betriebssicherheit Sorge tragen müssen, z. B. wenn bei Bahn einer eine dienstliche Meldung in litauischer Sprache erhält und er versteht sie nicht. Für diese Verkehreinstitute dürfte die litauische Sprache bis auf weiteres ganz entschieden nicht durchgeführt werden.

Staatsr. Birschtus wies darauf hin, daß bis zur Mitte der 60er Jahre das Memelener Kreisblatt in deutscher und litauischer Sprache erschien, ja bis in die 90er Jahre wurden die Verordnungen in deutscher und litauischer Sprache veröffentlicht. Litauisch wurde in den Schulen bis 1872 öffentlich unterrichtet. Wir verlangen nicht, daß das Litauische dominieren soll, wir wollen nur Gleichberechtigung. Wir haben in der Landwirtschaftskammer beschlossen, daß die deutsche und die litauische Sprache gleichberechtigt sind. Das ist vielleicht gehört, daß wir so fanatisch sind, wohl, wenn einer Herrnen uns vielleicht nicht gefällig ist, einen Streit vom Zaun brochen haben? Der Redner spricht sich für die Anträge Reichs und Staatsr. Pannars: Ich bin hier aufgewachsen und weiß, wie die Jugend litauisch gelernt hat. Diejenigen, welche litauisch lernten in den Schulen weniger deutsch, und wenn sie aus Schule kamen, verstanden sie weder deutsch noch litauisch. Wenn die Kinder, die litauisch in der Schule gelernt haben und ihnen an Kenntnissen in der deutschen Sprache fehlt, was machen dann, wenn sie ins Leben hinaustreten? (Sehr richtig.) Wenn sich die Litauer selbst ansehen, werden Sie finden, daß wenn die Litauer zusammenstehen, sie deutsch sprechen, und erst wenn ein dritter zukommt, sprechen sie litauisch. Ich möchte die Litauer in ihrer eigenen Interesse davor warnen, die Sache zu überreiben. Es werden das nicht erreichen, was sie haben wollen. Wir stimmen der Verordnung zu.

Staatsr. Birschtus: Es ist weitgehend genug, wenn einem Beamten drei Jahre Zeit gegeben werden, sich die litauische Sprache anzueignen. Das ist doch recht und billig. (Zurufe.) Das wird, was das Gesetz in unserem Sinne angenommen wird, zu den Beamten urrogen sagen: Hier Vogel, fröhlich oder stroh, so fanatisch sind wir nicht. Auch ich spreche deutsch, aber ich kann trotzdem nicht alles so vorbringen, wie es mir lieb wäre.

Staatsr. v. Schlenker bat die litauischen Vertreter, die Sprachenverordnung zuzustimmen, die ein Kompromiß darstelle. Sie könnten ja dann immer noch mit Anträgen kommen, und wenn diese berechtigt seien, würden auch die deutschen Staatsratsmitglieder dafür haben sein.

Staatsr. Guba: Soweit Gewohnheit und völkische Eigenart eines Teiles der memelländischen Bevölkerung es mit sich bringen, daß die hiesige litauische Sprache berücksichtigt wird, wird der verständige Mensch etwas gegen eine derartige Sprachenverordnung einzuwenden haben. Allerdings ist, was den Wortlaut anlangt, noch einiges zu ändern, um ihm einen großen Teil der Bevölkerung annehmbar erscheinen zu lassen. Das Wichtigste wäre, daß im § 1 und an den übrigen Stellen der Verordnung nicht das Wort „litauisch“ steht, sondern das Wort „memelländisch-litauisch“. Es ist ein paar großlitauische Hühner würde sich die gefaunte Bevölkerung empören, wenn durch eine solche Sprachenverordnung das memelländische litauische Wort als ein großer Teil der Bevölkerung als einen Schlag ins Gesicht empfunden, wenn das Großlitauische hier gewissermaßen Landessprache würde.

Für eilige Leser

Die Verhandlungen in London stoßen infolge der Vor schläge Poincarés auf erhebliche Schwierigkeiten. Ergebnis soll es gelingen sein, die Londoner Konferenzteilnehmer für eine internationale Anleihe zu gewinnen. Lerchenfeld ist in Berlin eingetroffen; es fanden Besprechungen in der Reichskanzlei statt. Dollfuß wurde am 9. August 779,02 (8. August 762,04).

... wenn dadurch irgendwie dem Memelland der Stempel aufgedrückt werden soll, als hätte es irgendwas gemein oder gehöre irgendwie zu dem hameitischen Großlitauen. Deswegen ist es Vorbedingung für die einstimmige Annahme, daß vor das Wort litauisch das Wort memelländisch kommt. Die litauische Sprache ist bei uns durch staatliche Einrichtungen oder behördliche Maßnahmen nicht beschränkt. § 3 müßte die örtlichen Wünsche der befragten Einwohner maßgebend sein. Eine Gemeinde von 80 bis ein paar hundert Einwohner muß darüber entscheiden können, ob sie sich den Vorschlag eines Dolmetschers leisten kann. Wenn wir einmal sagen, daß die deutsche wie die litauische Sprache gleichberechtigt sind, so muß man natürlich auch damit rechnen, daß eine Gemeinde erklärt, in welcher Gemeindeführung wird nur litauisch gesprochen. Nun kann man eine Minorität nicht über eine Majorität entscheiden lassen. Daher läßt es sich nur machen, daß gemeindefür eine örtliche Befragung der Einwohnerschaft stattfindet. Uebrigens ist mir heute die Eingabe des Deutsch-Litauischen Heimatbundes zur Kenntnis gekommen. Diese scheint sich mit meinen Wünschen zu decken. In § 3 müßte hinter Kommunalverbände die Körperlichen gefügt werden, denn auch hier müssen die Wünsche der Mitglieder und die finanzielle Leistungsfähigkeit in Betracht gezogen werden. Wenn die Handelskammer Denkschriften in die Welt setzt, kann man doch nicht verlangen, daß sie das doppelt macht. Staatsr. Reisinger: Wie es eine deutsche, eine französische, eine englische Sprache gibt, so gibt es auch eine litauische in der Welt. (Zurufe.) Die Dialekte in der deutschen Sprache sind noch viel verschiedener als die in der litauischen. Das memelländische Litauisch ist eine Volkssprache, keine Schriftsprache. (Zurufe.) Die litauische Sprache hat sich in Litauen viel länger erhalten und ist nicht so zusammengeschrampt, wie gerade hier in Preußen. Auch gibt es im Memelgebiet mehrere litauische Dialekte. Für technische Ausdrücke ist es nur deutsche Worte mit litauischen Endungen. Es besteht hier ein allseitiges Unrecht, daß Kinder in der Muttersprache nicht unterrichtet werden dürfen. (Zurufe.) Er müsse es zurückweisen, wenn die litauische Sprache mit Häutieren verglichen werde. Herr Pannars: Die deutsche und die litauische Sprache mit Schafen und Sänen verglichen, die durcheinander laufen. Das empfinde er als Herabsetzung. (Der Vorsitzende weist darauf hin, daß Herr Pannars es im Vergleich angeführt habe, wenn beide Sprachen durcheinander besprochen werden. Er habe das nicht als beleidigend aufgefaßt.) Staatsr. Bessel weist gegenüber Ausführungen des Vorredners darauf hin, daß die Sprachverschiedenheiten im Deutschen Reich nicht in den litauischen Sprachverschiedenheiten zu vergleichen seien, da in Deutschland eine einheitliche Schriftsprache habe, die überall verstanden werde. (Sehr richtig.) Im Memelgebiet muß man alle Tage die Bemerkung machen, daß die memelländischen Litauer die Sprache der Großlitauer nicht verstehen. (Sehr richtig.) Die großlitauische Schriftsprache wird hier nicht verstanden. Landesdirektor Prokaišis: Die einen sagen, die Verordnung zu weitgehend, die anderen glauben an eine Benachteiligung. Bezirksr. Birškus hat erwähnt, daß ungefähr bis 1870 der Litauer in seiner Muttersprache in der Verwaltung Gebrauch machen konnte. Er kritisiert die Erscheinung in beiden Sprachen. Nachher setzte eine gewisse Germanisierung ein, wodurch die litauische Sprache aus der Verwaltung verdrängt wurde. Auch die Kreisblätter erschienen nicht in litauischer und es wurde einfach verordnet, daß die Amtssprache die deutsche sei. Die Litauer sammelten dagegen Unterschriften, um jedoch etwas zu erreichen. Die Lehrer bekamen sozusagen Prämien, die sogenannte Dismarkenzulage, wenn sie die Kinder unterrichteten. Friedrich Wilhelm III. hat allerdings eingesehen, daß der litauische Stamm ein königstreuer Volksstamm war und es wurden Prämien für Gymnasien je 300 M. Prämien gezahlt, wenn sie die litauische Sprache erlernten. Ebenso bestanden Prämien an der Königsberger Universität in Höhe von 600 M. für litauische Studenten für den Weiterbildung. Das geschieht auch heute noch. Selbst unbefähigte Deutsche machen Gebrauch davon. Die Pfarrer, die nach dem kamen, haben sich gleichfalls Mühe gegeben, litauisch zu erlernen. Sie fühlten sich hier unter den Litauern wohl. Es gelang auch nicht, die Litauer zu germanisieren. Das litauische Volk hat als ein jähher Stamm erwiesen und durch die Jahrhunderte seine Identität erhalten. Wenn es in der Kultur zurückgegangen ist, so sollte man ein Liedchen davon singen, wer daran die Schuld hat, und nicht heute die Litauer, wie auch ich, sich der deutschen Kultur annehmen, denn man muß in der Welt versuchen, mit der Zeit mitzugehen. Der Redner äußerte Bedenken gegen den § 3. Eine Agitation zu entfachen und wir fördern den Gegenstand durch diesen Paragraphen. Man könnte vielleicht zu einem Kompromiß kommen. Ich habe von Herzen gewünscht, daß die Vorlage einstimmig angenommen wird. Wir wollen als gleichberechtigte Bürger untereinander leben. Bedauerlicher Weise muß ich mich doch gegen meinen Wunsch und Gubba wenden, mit dem ich wirtschaftlich an einem Strange hänge. Wenn Herr Gubba die memelländische und die hameitische Sprache unterscheidet, kommt mir doch der Gedanke: was für eine memelländische? In Schmelz haben wir Leute, die ein litauisch sprechen, bei dem jedes dritte Wort deutsch ist. Andererseits fügt „Baltas“ Wörter ein, von denen er selbst nicht weiß, was sie bedeuten. Er will sich aber nur wichtig tun. Deshalb können wir wieder die hameitische noch das memelländische litauisch gebrauchen. Es ist eine rein litauische Sprache geschrieben werden. Selbst das litauische müßte sich einer rein litauischen Sprache bedienen. Der Redner trat für eine Verständigung ein. Er verlange nicht, von heute zu morgen alles litauisch werden solle. Der Redner gab eine Pause vor, um sich persönlich zu besprechen. Der Vorsitzende stimmte ihm zu und vertagte die Sitzung eine halbe Stunde. Um 2 Uhr wurde die Sitzung wieder eröffnet. Landespräsident deputat reichte mit, daß das Landesdirektorium nach Abschluß der Verhandlungen einen Wanderversuchsvorschlag mache. Es werde vorgeschlagen, in den § 1 einzusetzen: Die litauischen Sprachen deutsch wie litauisch sind im Memelgebiet gleichberechtigt. Staatsr. Pannars wies die Unterstellung zurück, daß er in den Ausführungen irgendwie die Litauer herabgewürdigt hätte. Er habe lediglich darauf hingewiesen, was entstehen könne, wenn der Verband einer Verwaltung zwei Sprachen gesprochen werden. Er habe kein Staatswesen, in dem in der Verwaltung zwei Sprachen gesprochen würden. In der Schweiz hätten die Kantone ihre Sprachen. Die Nationalität würden ihnen zugeben müssen, daß es unter Litauern genau so wie unter den Deutschen Kribsköpfe gebe, es können Zustände eintreten, wodurch die Verwaltung leide und die Bevölkerung den Nachteil habe. Wir haben schon mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten genug zu tun. Wenn noch der Nationalitätshaf hineingetragen wird, ist das der Anfang vom Ende. Die Vorlage wurde darauf einstimmig angenommen. (Unter Beifall, auch von nationallitauischer Seite.)

Die Ausweisungen aus Elsaß-Lothringen aufgeschoben

* Paris, 9. August. (Tel.) Dem „Journal“ wird aus Straßburg berichtet, daß dort der Befehl eingetroffen sei, die ausgewiesenen Ausweisung Deutscher bis auf weiteres aufzuschieben. Nach dem Bericht des Blattes hätte man gestern abend den Beginn der Ausweisungen erwartet und für die Durchführung der Maßnahmen bereits 50 Polizeieinheiten bereitgestellt.

Neue Waffenfunde in Deutschland

* Berlin, 9. August. (Tel.) Nach einer „Havas“-Meldung soll von der Interalliierten Kontrollkommission in der Festung Reibe Kriegsmaterial in großen Mengen vorgefunden worden sein, unter anderem 543 Gewehre und Karabiner, 6 leichte und 8 schwere Maschinengewehre und außerdem große Mengen Pulver und Munition. Es ist anzunehmen, daß der größte Teil dieser Waffen von dem sogenannten wilden Selbstschutz in Oberschlesien während der früheren Unruhen dort versteckt worden ist. Der Umstand, daß außer dem Material auch Schrot vorgefunden wurde, legt die Vermutung nahe, daß ferner aus gewinnlichen Zwecken Material dort versteckt worden ist, um es bei Gelegenheit zu verwerten. Eine Untersuchung ist im Gange. Von irgend welcher militärischen Bedeutung ist der Fund nicht.

Das Bismarckdrama untersucht

* Berlin, 8. August. (Priv.-Tel.) Vor der Berliner Strafkammer des Landgerichts 3 wurde dem Schriftsteller Emil Ludwig die Propaganda und die Veröffentlichung des Bismarckdramas „Die Entlassung“ einstweilen untersagt. Emil Ludwig hat auf das ergangene Urteil Berufung eingelegt.

Der Verein für das Deutschtum im Ausland

steht in Rum bach in Anwesenheit zahlreicher Vertreter aus allen Gauen des Deutschen Reiches, aus den Grenzländern und aus dem Auslande hier seine diesjährige Hauptversammlung ab. In einer Sitzung des Hauptauschusses des Vereins schilderte nach Besprechung einer Reihe von Satzungsänderungen Auslands- und Grenzlandvertreter die Not des deutschen Volkstums im Auslande. Nach dem Bericht des Vereins für das Jahr 1921 wurden in diesem Jahr 5 Millionen für Unterstützungen ausgegeben und 119 neue Ortsgruppen gegründet. Außerdem wurden über 450 Schulgruppen mit etwa 100 000 Mitgliedern gegründet. Der Verein konnte Ende 1921 einschließl. des Deutschen Schulvereins rund 200 Orts- und Schulgruppen mit rund 300 000 Mitgliedern feststellen.

Preiswettbewerb für ein neues deutsches Geschichtsbuch

* Berlin, 7. August. Wie das Reichsministerium des Innern mitteilt, trifft es zur Zeit in Ausführung von Wünschen der Konferenz der Kultusministerien vom 19. Juli die Vorarbeiten für ein Preiswettbewerb zur Schaffung eines Handbuchs, das die neuere Geschichte von der französischen Revolution bis zur Gegenwart behandelt. Die Darstellung soll neben den politischen Ereignissen die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Triebkräfte der neueren Geschichte sowie besonders den Einfluss der zur staatsbürgerlichen Mitverantwortung erwachenden breiten Schichten des Volkes gebührend zur Geltung bringen. Wie wir hören, ist als erster Preis ein Betrag von 150 000 Mark vorgesehen, doch sollen auch namhafte Beiträge für zweite und dritte Preise bereitgestellt werden, um eine Reihe tüchtiger Historiker und Pädagogen für die Arbeit zu interessieren. Die näheren Einzelheiten hinsichtlich des Preiswettbewerbs und des Preisrichterkollegiums sollen demnächst bekanntgegeben werden.

Argentinisches Fleisch für Deutschland

* Berlin, 9. August. (Tel.) Wie die „Voss. Zig.“ meldet, sind die Verhandlungen des Handelsbevollmächtigten der argentinischen Regierung über die Lieferung argentinischen Fleisches nach Deutschland zum vorläufigen Abschluß gekommen. Die Schlussverhandlungen sollen in Buenos Aires stattfinden. Vorläufig ist ein Wiedereinfuhr von 100 000 Tonnen lebenden Viehs und 100 000 Tonnen Gefrierfleisch, das auf deutschen Schiffen verfrachtet werden soll, in Aussicht genommen. Wie das Blatt schreibt, werde es möglich sein, das argentinische Fleisch um ein Drittel billiger als das deutsche zu liefern.

Belgische Kommunistenversammlungen

* Brüssel, 8. August. (Tel.) Die belgischen Kommunisten organisierten eine Reihe von Versammlungen zu Ehren der kommunistischen Jugend, wozu Vaillant-Couturier, Abgeordneter von Paris, und der deutsche Kommunist Walter ihr Erscheinen zusagten. Die erste dieser Versammlungen sollte gestern in Verviers stattfinden, jedoch konnten weder Vaillant noch Walter daran teilnehmen, da sie an der belgischen Grenze zurückgehalten wurden. Wie gemeldet wird, untersagte die belgische Behörde Walter die Einreise nach Belgien.

Lenin wieder hergestellt

* Moskau, 5. August. Gestern wurde im Kremli die allrussische Konferenz der kommunistischen Partei eröffnet. In der Eröffnungsansprache sagte Kamenev, Lenin gewinne nicht nur die Gesundheit zurück, sondern er sei tatsächlich bereits gesund.

Kurze Nachrichten

Der preussische Minister des Innern weist in einer Verfügung darauf hin, daß auf Grund des Artikels 109 der Reichsverfassung der das Verleihen von Orden und Ehrenzeichen verbietet, die Verleihung der früheren Rettungsmedaille grundsätzlich nicht mehr in Frage kommen kann. Es ist in Aussicht genommen, künftig allen Personen, die durch die Rettung von Mitmenschen unter Gefahr des eigenen Lebens sich verdient machen und denen nach den bisherigen Grundätzen die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen wäre, die Anerkennung der Staatsregierung in Form einer Dankurkunde auszusprechen.

Das Thüringische Staatsministerium hat den Ministerialbeamten Criman und den Schriftführer des Thüringischen Beamtensbundes, Justizobersekretär Schindhelm, zu Regierungsdirektoren ernannt und damit zum ersten Male zwei mittlere Beamte zu höheren Beamten befördert. Beide sind Sozialdemokraten.

Die Deutsche Bischofskonferenz findet in diesem Jahre am 21. August in Fulda statt.

Am 31. August und am 1. September 1922 findet in Stuttgart der 36. Deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftstag statt. Laut „Vollanzeiger“ wurde der „Völkische Beobachter“ in München wegen grober Angriffe auf Verheerfeld abermals und zwar auf acht Tage verboten.

Wie aus Kiel gemeldet wird, wird in den letzten Augusttagen ein großes englisches Geschwader in der westlichen Ostsee seine Schießübungen abhalten und dabei auch deutsche Häfen anlaufen, ohne daß aber den Mannschaften der Besuch an Land gestattet sein wird. Die englische Regierung beabsichtigt, eine Verteidigungsflotte von insgesamt 400 bis 500 Flugzeugen zu schaffen.

Das Telegraphenbüro „Ela“ meldet aus Kowno: In der ersten litauischen Konstituante wurde die Staatsverfassung angenommen.

Der dänische Reichstag nahm ein Gesetz an, das die Regierung ermächtigt, mit Einwilligung der Parlamentskommission die Einfuhr von Schuwaren und Zigarren ohne Erlaubnis der Regierung zu verbieten.

Im Zusammenhang mit der durch den Sturz der ungarischen Krone bedingten bedeutenden Verteuerung aller Lebensmittel und industriellen Erzeugnisse hat der Budapestener Magistrat die Wiedereinführung des Kartensystems für Zucker, Salz und Kohle beschlossen.

In Kairo und Alexandria wurde eine Anzahl von Anhängern Zaghi Pacha verhaftet, weil sie ein gegen die britische und ägyptische Regierung gerichtetes Manifest veröffentlicht hatten.

nach dem Saatenstand Anfang Juli machen die statistischen Mitteilungen des Landesdirektoriums folgende Mitteilungen: Die Witterung im Monat Juni war in der ersten Monatshälfte kalt und trocken, und die Nächte waren außerordentlich kühl. Erst am 17. Juni setzten reichliche Niederschläge (insgesamt 16 Millimeter) ein, die vereinzelt von Gewittern begleitet waren. Die letzte Juniwoche brachte warme, mitunter sehr heiße Tage. Die Roggenblüte hatte sehr günstiges Wetter und hat der Roggen sich gut entwickelt; dagegen sind Kartoffeln und Sommergetreide infolge der Dürre im Wachstum zurückgeblieben. Ebenso hat die Trockenheit den Rüben- und Kohlpflanzen sehr viel geschadet, zum Teil mußte noch einmal geerntet werden. Die letzten Niederschläge haben ein gutes Anwachsen der Pflanzen bewirkt. Weizen beginnt zu schossen. Flach ist erst jetzt ausgegangen. Schädigungen durch Frost, Brand, Mäuse, Blumenfliegen usw. sind bisher nicht bemerkt worden. Die Felder sind zum Teil stark durch Hebrich und Disteln verunkrautet. Besonders in den Haferselbener findet sich sehr viel Hebrich, während Winterweizen stellenweise durch Kornblumen verunreinigt ist. Die Geerntete hat vor Johann bekommen und ist zur Hälfte schon eingebracht. Auf hohen Lagen ist das Gras gering, in niedrigen gut. Durch die gute Witterung sind die Arbeiten begünstigt worden. Mangel an Stickstoffdüngern macht sich besonders am Sommergetreide bemerkbar. Daher und infolge der Dürre sind die Aussichten für die Ernte nur mittelmäßig. Besonders die Weiden haben sehr unter der Trockenheit gelitten und mußten größere Flächen als sonst zu Weidewägen benutzt werden.

* [Noch keine Aussicht auf Hartgeld?] Einige Berliner Blätter meldeten vor einigen Tagen, daß das neue Hartgeld — 5-, 3- und 1-Markstücke — am 11. August zur dreifürigen Wiederkehr des Verfassungstages ausgegeben werde. Es soll jedoch so sein, daß das dazugehörige Metall erst vor kurzer Zeit aufgefauft worden ist und noch gemächlich seiner Verarbeitung harret. Bekanntlich sollen die neuen Münzen aus Aluminium mit einem geringfügigen Kupferzusatz bestehen. Nun scheinen in einigen Kreisen Bedenken zu bestehen, daß die Herstellung des neuen Geldes die Materialkosten bedeutend übersteigt. Auf diese Befürchtung bezieht sich eine Anfrage des Abg. Dr. Helfferich an die Reichsregierung, in der es heißt: Ist es richtig, daß der Materialwert und die Herstellungskosten dieser Münzstücke sich heute schon höher stellen als ihr Nennwert? Ist es richtig, daß die Gesamtkosten für die zunächst in Aussicht genommene Ausprägung sich auf mehr als 1400 Millionen Mark stellen, während dem Reichsfinanzministerium technisch gleichwertige Vorschläge vorliegen, die für die gleiche Münzmenge Kosten von etwa 600 Millionen Mark erfordern würden? — Hierzu meldet der Berliner „Vorwärts“: Der Metallwert der Stücke bleibt wesentlich hinter ihrem Nennwert zurück, so daß durch Ausgabe dieser Münzen das Reich einen ganz erheblichen Münzgewinn macht. Technisch gleichwertige Vorschläge für eine billigere Herstellung der Münzen haben nach dem Urteil der Münzfachverständigen nicht vorgelegen.

* [Die Frauenkleidung ist am teuersten geworden.] Die Preise für Hausrat hatten im März, wie uns aus Berlin berichtet wird, noch das 43fache des Friedenspreises betragen. Bis zum Mai sind sie auf das 60fache, also um 38 Prozent gestiegen. Bei den Kleidungsstücken liegen die Preise vom 44fachen auf das 59fache oder um 33,2 Prozent. Von den Kleidungsstücken ist insbesondere das Schuhwerk für Erwachsene um 39,7 für Kinder um 48,3 Prozent, die Leibwäsche für Knaben um 35,5 Prozent im Preise gestiegen. Unter dem Hausrat beträgt die Steigerung bei Metallgeräten aus Aluminium 47,8 Prozent, Betten 45 Prozent, Spiegel 52,5 Prozent, Gegenstände aus Steinzeug und Porzellan 40,9 Prozent. Teppiche kosten bereits das 96,2fache der Friedenspreise. Die Preise sind um 12,8 Prozent auf das 108,5fache gestiegen. Faßt man die Kleidungsstücke zusammen, so sind sie am teuersten für Frauen mit dem 64,7fachen, dann für Männer mit dem 58,6fachen, für Knaben 55,5 und für Mädchen 54,2. Zusammengefaßt ergibt sich für Kleidungsstücke wie für Hausrat einzeln und zusammen je das 60fache.

* [Das Abendkonzert des Arbeiter-Gesangsvereins.] Das am gestrigen Mittwoch abend im Schützenpark stattfindende Konzert mußte, wie uns geschrieben wird, leider des regnerischen Wetters wegen ausfallen; es findet nun, wie vorgesehener, am kommenden Mittwoch, den 16. August, bei günstigem Wetter im Garten, bei schlechtem Wetter im großen Saal des Schützenparks statt. Die vorausgabten Freikarten für die aktiven und passiven Mitglieder behalten ihre volle Gültigkeit.

* [Polizeibericht] für die Zeit vom 30. Juli bis 5. August. Gefunden bzw. eingefunden: 1 Herrenfahrrad; 1 weißes gelbes Huhn; 1 braunes Huhn; 1 rote Halskette; 1 schwarzer Damenregenschirm mit brauner Krücke; 1 schwarze ledrerne Geldtasche mit Inhalt; 1 kleines gelbes Reichel; 1 schwarzer Damenregenschirm; 1 weißes Fischu und 1 Kragenfleg; 1 brauner Papierstod; 1 schwarze Brieftasche mit deutschem Reisepaß für Gustav Reichsfulat, Photographien und Papieren; 1 Pelztragen (Kreuzbruchs); 1 schwarze Lederhandtasche mit Gelbhalt; 1 großes dunkelbraunes Pferd; 1 Paar weiße Handschuhe; 1 hellbrauner Seidentripot, handschuh; 1 Manschettenknopf (Bernstein); 1 silbernes Medaillon; Personalausweis für Willy Meisters. Von der Woche Ende Juli sind noch abzuholen: 1 braune Kinderhandke; 1 vergoldete Rockknabe mit einem Stein; 1 schwarzer Damenregenschirm; 1 grüne Kindermütze (Wolle); 1 Banknote; 1 schwarzes Portemonnaie mit Gelbbetrag, Brotkartenabschnitt und einigen Zetteln; 2000 Mark. Verloren sind gemeldet: 1 kleine schwarze Lederhandtasche mit Personalausweis, Geldtasche und Rentenbrief auf den Namen Rudolf Klafsch; 1 goldene Damenschlüsselkette mit goldenem Armband; 1 schwarze Lederhandtasche mit weißem Schloß, enthaltend ca. 200 M. in Banknoten, 1 Reisepaß für Frau Rosa Müller, Taschentuch und mehrere Bescheinigungen; 1 silb. Damenuhr mit Goldrand an schwarzer Schnur; 1 schmaler goldener Damening mit kleinem Diamanten; 1 Manschettenknopf (Perlmutter mit rotem Rand); 1 Zimmerschlüssel; 1 dunkler Fuchspelztragen; 1 goldenes Kettenarmband (gest. 585); 1 Brieftasche mit 450 M., Personalausweis für Otto Frischborn; Photographien; 1 schwarzer Damenregenschirm (Seide) mit hellbrauner Krücke mit grau-schwarzem Ansatz an derselben; 1 Fahrrad, Marke Mäwe Nr. 233 279; Personalausweis für Barbe Brudbeilins und 52 M. in lederner Brieftasche mit ca. 400 M. und 1/3 Brotkarte; 1 goldener Trauring, gest. M. B. 20. 11. 15; 1 gelbe Handtasche mit Portemonnaie, Zigarettenetui, Zigarettenspitze, 2 Woch. Fahrkarten für den Soubdruz, Photographien, Visitenkarten, lautend auf Gertrud Buza, Barmen; 1 schwarze Aktentasche mit Versicherungspapieren; 1 hellbrauner Stoffgürtel zum Damenmantel; 1 gestrickte Kinderjacke.

Standesamt der Stadt Memel

vom 9. August 1922

Geboren: Ein Sohn: dem Schiffer Alexander Karl August Lappohn von hier; dem praktischen Arzt Doktor der Medizin Saul Traub von Gorbzy Litauen; dem Schauspieler Jsaak Majewski von Kowno Litauen. — Eine Tochter: dem Arbeiter Michel Siemannit von Bommelsvitte. — Eine uneheliche Geburt männlichen Geschlechts.

Gestorben: Urias Traub, 2 Tage alt, von Gorbzy Litauen.

Rath. Gesangverein.
Heute 8 Uhr:
Übungsstunde.



Kleintierzuchtverein.
Freitag, abds 7 1/2 Uhr.
Schützenhaus, die
Geflügelhalter
welche an der diesjährigen
Ausstellung teilzunehmen
günstigen.

Handelsschule Stark
Neue Kurse in Buchf.,
Szenogr., Maschinen-
schreiben beg. n. Woche.
Junge Dame, gute Rechnerin,
kann sich als Freilehrende melden.

Sperrung der Dangebrücke bei Eckitten.

Die Dangebrücke bei Eckitten wird wegen der Erneuerung des Bohlenbelages in der Zeit von Montag, d. 14. August dieses Jahres ab auf einige Tage in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends für jeden Fuhrwerks- und Weiterverkehr gesperrt.
Memel, den 7. August 1922.
Der Landrat.

Milch Ltr. 8 M.
reichlich vorhanden.
Verkaufszeit 8-11 Uhr
vorm. kein Ansehen.
Milchhandl. Rudat.
Polangenstraße.

Schwarze Brieftasche
am Schalter in Posterei
liegen gelassen. Finder
wird gebeten dieselbe, da
wichtige Papiere enthaltend,
ohne Geld umgeh. an
Herrmann, Karlesbeck
zu senden.
Am Sonnabend eine br.
Lebertasche mit Inhalt
verloren. Der ehrliche
Finder wird gebeten dieselbe
im Postbüro abzugeben.
Fernglas verloren
auf Seftwiele (Weinstraße).
Mittelungen erb. an
Oberpostinspektor Schubert
Memel.

Ihre am 6. d. Mts. vollzogene Vermählung
geben bekannt

Kurt Rietenbach
und Frau **Elsa**, geb. Gostio.

Danken gleichzeitig für erwiesene Aufmerksamkeiten.

Schützenhaus
Heute abends 8 Uhr:
Letztes Konzert

Freiwillige Auktion

Freitag, den 11. d. Mts., vorm. 10 Uhr, Gut
Rumpffischen (Gärtner) über:
Schlafsofa, Tisch, Vertikow mit Spiegel, Küchenschiff,
Kommode, Tische, Stühle, Spiegel, Bettgestelle,
Zentrifuge, Bedapparat mit Gläsern, Karre,
Sandstritten, Tonnen, Wannen und kleine Wirtschaftssachen. Alles fast neu.

Johann Becholdt, Junterstr. 9.

Konfurswarenlager-Berkauf

Das zur **Fritz Mingo**'schen Konfursmanufaktur
gehörige Warenlager in Ruff, bestehend aus Kolonialwaren,
Spirituosen, Weine, Zigarren, Gläser, Flaschen,
Ritter, u. f. w. im Taxwert von ca. 175.000 Mk. wird
am **Sonnabend, den 12. August 1922** von mittags
1 Uhr ab in dem Geschäftslokal des Schuldners in etwa
5-6 Losen öffentlich gegen Meistgebot verkauft. Das
Kaufgeld ist sofort zu zahlen.
Der Konfursverwalter
Otto Bolz.

Holztransporte von Polen

übernimmt zur Umladung, Verzollung, Expedition

Herrmann Berlowitz

Proffken, Grenzspedition.

Dampfwascherei-Einrichtung

bestehend aus:
Dampfmaschine, erbaut, ca. 25 PS., ohne Kessel
Waschmaschine, 1500 x 800 mm Gr.
Waschmaschine, 1300 x 800 mm Gr.
Zentrifuge, neu, 700 x 350 mm Gr.
Zentrifuge, 700 x 350 mm Zylindrommel
Dampfmangel, 2500 x 800 mm Zylindergroße.
Gewicht ca. 70 Zentner
Laugenochs, 900 x 800 mm, m. Kupferchlange
Rudensplattmaschine, Stulpplattapparat mit
6 Eilen
Umlegefragenrundmaschine
engl. Drehrolle
alles zum Preise von 400.000 Mk., freibleibend ab
Standort und.
Otto Lippe, End Str., Telephon 279.

**Kammer-
Lichtspiele**
Beginn
der Saison 1922/23
morgen
den 11. August 1922.

Dampferverkehr Memel-Ruß-Litlit
zweimal wöchentlich mit den Salondampfern
„Mozart“ und „Beethoven“

Dienstag u. Freitag	Mittwoch u. Sonnabend
ab Memel 6.00 früh	ab Litlit 7.00 vorm.
„Schwarzort 7.30	„Rufen 8.45
„Ruff 10.30 vorm.	„Ruff 10.30
„Rufen 12.00 mittags	„Schwarzort 1.00 nachm.
an Litlit 2.30 nachm.	an Memel 2.30

Memelländische Dampfschiffahrt G. m. b. H.

Nähere Auskunft erteilt

Reisebüro Robert Meyhoefer

Telephon 727. Memel, Börsenstraße 13.

**Aufnahmetermine für das
Stutbuch der Ditr. Stutbuchgesellschaft und
Brenntermine für Stutbuchfüllen**

14. August: a) in Gähöfen (Gutshof) 9 Uhr vorm.
b) in Pröfals (Hotel Ball) 3 Uhr nachm.
15. August: a) in Seubefurg (Gutshof), 8 1/2 Uhr
vormittags
b) in Ruffen (Gasthaus Kroll),
2 Uhr nachmittags
16. August: a) in Willittsch (Gasthaus Schweiger)
10 Uhr vormittags
b) in Mikieten (Gutshof), 3 1/2 Uhr nachm.

Vorzuführen sind sämtliche Fohlen, die den Stutbuchbrand erhalten sollen, mit ihren Müttern, sämtliche Stuten, die in das Vor- und Hauptregister eingetragen werden sollen und sämtliche Privatstutten, welche für Stutbuchfähig erklärt worden sind.

Landwirtschaftskammer.

Gemüse- und Obstkonserben

Das deutsche Reich hat für den memelländischen Bedarf ein verhältnismäßig kleines Kontingent an Gemüse- und Obstkonserben zur Ausfuhr frei gegeben. Alle Firmen, die solche Konserben aus Deutschland zu beziehen wünschen, werden ersucht, binnen drei Tagen der Handelskammer Memel schriftlich mitzuteilen, welche Mengen sie im Jahre 1921 aus Deutschland bezogen haben und welche Mengen sie bei äußerster Einschränkung aus dem Kontingent für sich beantragen. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß ein Bezug außerhalb des Kontingents nicht möglich ist und daß verspätet eingehende Anträge nicht mehr berücksichtigt werden können.

Handelskammer Memel.

Forme Damenhüte

in 3-4 Tagen um.

Schmäling, Aschhof 2.

Wiesenheu

waggonweise, liefert prompt und billig, beste Ware, franco jeder memelländischen Vollbahnstation gegen sofortige Kasse

SAMUEL FOTH

Sandwichgeschäftliches Großhandelshaus

Grabenstraße 6 MEMEL Fernruf 253

Herr Dr. med. R. B., Amtsärztliches

in R. teilt mit, daß er Obermedizinal

in der ranhen Jahres, geg. Schen.

**auszugewinnung
ruffigen Jömen**

angewandt. Das Stenm Heile ab und die ruffige Hart wurde glatz

und weich. Zur Nachbehandlung ist Krebs-Creme besonders zu

umfassen. Zu haben in allen Apotheken, Drogerien und Parfüm

2 schwere Arbeitspferde

1. braun, 5 Fuß, 8 Zoll, 10 Jahre
2. hellfuchs, 5 Fuß, 4 Zoll, 8 Jahre

hat zu verkaufen

H. Rimkus

Cullm.-Kulken b. Vistupönen

J. Bloch

Amtlicher Speditur der deutschen Reichseisenbahn

Lagerung - Verzollung - Inkasso

Prostken

Spezialverkehr von und nach Polen / Uebernahme

von Holztransporten.

Credit- und Spar-Verein zu Memel

eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung

aktiva Bilanz am 31. Dezember 1921. passiva

Cassa-Conto	6 318,17 M.	Geschäftsguthaben der Mitglieder	240 921,04 M.
Reichsbank-Giro-Conto	9 543,07	Geschäftsguthaben ausgegliedener Mitglieder	10 029,54
Poltschek-Conto	9 185,59	Referendonds-Conto *)	38 197,21
Bechsel-Conto	4 034 894,39	Hilfs-Referendonds-Conto	42 000,-
Conto-Corrent-Conto	1 046 293,41	Spezial-Referendonds-Conto (für Kriegs-Anleihe)	8 400,-
Effekten-Conto	441 629,80	Effekten-Lombard-Conto	112 500,-
Grundstücks-Conto	32 500,-	Bechsel-Giro-Conto	1 388 595,90
Robiliar-Conto	1 500,-	Creditoren- und Mitgliederparaguthaben-Conto	2 492 847,61
Noch zu empfangende Zinsen	12 999,85	Conto-Corrent-Conto	1 147 701,61
		Im voraus erhobene Zinsen	21 137,-
		Conto für Verbindlichkeiten	12 267,26
		Reingewinn für 1921	80 267,41
			5 594 864,28 M.

*) Der Referendonds ist durch Zurechnung vom Reingewinn erhöht auf 100 000 M.

Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1921 621

Im Jahre 1921 traten ein 75

Ausgeschlossen sind durch Tod und Austritt 31

sodas die Mitgliederzahl am 31. Dezember 1921 betrug 665

Memel, den 31. März 1922.

Der Vorstand

Rob. Rostock Th. Preiss W. Engel.

Apollo Urania

Heute ab 5 Uhr:

**Brillanten-
mieze**

I. Teil von Jane Bess.
mit Ria Alldorf.

Das Geheimnis
der Skelett - Insel

Der versunkene Schatz
des span. Seeräubers
schiffes »Don Brazl.«

Lehmans Geheimnis
Lustspiel.

Memeler
Sportwoche

Heute ab 6 Uhr:

Frauen

die die Ehe brechen

Russ. Sittenbild

Unschuldig
(Die Gerechtigkeit siegt)

Spann. Kriminalfilm.

Lachpillen
Lustspiel.

Memeler
Sportwoche

Stempel

liefert innerhalb
4 Tagen billigst

Werner Stapel K.-G.

Polangenstr. 46
Tel. 881.

**Besten
Dünge-Kalk-
Mergel**

in Waggonladung, jederzeit
lieferbar unter Garantie
in der Tröden-
substanz 91-98%, reinen
kohlenjäuren Kalk enthaltend,
bietet preisbillig an

SAMUEL FOTH

Kand. Großhandels-Haus
MEMEL

Grabenstr. 6. Tel. 253.

**Weißkalk, Settkalk
Weißkalk, Zementkalk**

Guter, Vertikow a. verk.
Zu erfr. in der Exped. d. Bl.

Krankenfahrrad

(Korbgeleckt) zu verkaufen

Polangenstraße 7c.

1 große Kiste

steht zum Verkauf

Lauktion, Sandelsgärtnererei

Mühlendammstr. 22d.

**Fast neues Fahrrad
und gute Kleider**

a. d. Polangenstr. 23/24 u. L.

Drehmangel

zu verkaufen.

Wo? sagt d. Exped. d. Bl.

Zu verkaufen

1 Arbeitswagen

1 Damenfahrrad

Kirchhofstr. 14.

**Ein Sandwagen und
eine Eientüre zu verkauf.**

Friedrichsmarkt 3.

**Ein Einpänner-
Arbeitswagen**

zu verkaufen.

Werner & Linnenberg

Ballastplatz 6.

**Ein fast neuer
Drehschleife**

mit voller Reinigung, wenig
im Gebrauch gewesen, steht
zum Verkauf bei

Besitzer **Uszkoreit**

Stonischken.

Eine gut erhaltene 12"

Sädielmachine

mit 2 Nimmerscheiben für
Motorantrieb steht billig
zum Verkauf.

A. Freugschat

Mühle Coadjuuten.

Sobellant zu verkauf.

Zu erfr. i. d. Exped. d. Bl.

Ein schw. Damen-
jacke zu haben. Zu erfr.

in der Exped. d. Bl.

Neuer Smoling

mittlere Größe, preiswert
zu verkaufen. Beschäftigung

1-3 Uhr. Junterstr. 45.

Frl. 30 Jahre alt, aus
guter Familie, wünscht
Herrenbekanntschaft

zwecks Heirat

mögl. Kaufmann od. best.
Beamter. Off. unt. 382
an die Exped. d. Bl.

Richard Rudat

Zur Königsberger Messe
Sämtliche Musikinstrumente, Sprechmaschinen
Schallplatten, Pianos, Harmoniums, Flügel
führender Weltfirmen
Odeon - Musik - Haus
Stammhaus Königsberg Pr., Französische Strasse 5
Sichern Käufern angenehme Zahlungerleichterungen
Filiale: Memel, Börsenstr. 7.

Original Mc.Cormick-Grasmäher
Original Deering-Getreidemäher
Original Johnstron-Getreidemäher
Getreide-Reinigungsmaschinen
Breit-, Flegel- und Stiffendrescher

empfehlen aus eingetroffenen Sendungen

Schmidtke & Rosenberg

Memel: Neuer Markt 1

American Line.

Regelmässige Passagier- u. Frachtdampfer

Hamburg—New York

Passagierdampfer:

Doppelschraubendampfer „Mongolia“ 12. August

Doppelschraubendampfer „Minnekahda“ 19. August

Doppelschraubendampfer „Manchuria“ 26. August

Doppelschraubendampfer „St. Paul“ 2. Septemb.

L'oppelschraubendampfer „Mongolia“ 16. Septemb.

Doppelschraubendampfer „Minnekahda“ 23. Septemb.

Doppelschraubendampfer „Manchuria“ 30. Septemb.

Frachtdampfer:

Hamburg-Baltimore

Hamburg-Boston

Hamburg-Philadelphia usw.

Auskunft erteilen in Hamburg:

American-Line, Hamburg, Börsenbrücke 2.

Telegramme: Nacirema Hamburg.

Fernsprecher: Merkur 2891, 2892, 2893.

Relationsdruck u. Verlag von F. W. Siebeck in Memel. Verantwortlich für Politik und Volkswirtschaft Carl Aug. Schryber, für das übrige Robert Leubner, für Inseraten- und Reklameteil Robert Ruberka, sämtlich in Memel. (Beilage)

**Eisernes
Sinderbettgestell**

zu verkaufen

Jägerstraße 12, rechts.

Brauner Ballad

4 Jahre alt, 5 Fuß, 3 Zoll

nicht zum Verkauf.

Braun & Sturmhosel

Friedr. Wilh.-Str. 45/46.

**Ein 9 Monate alter
Wolfshund zu verkaufen**

Hommels-Blite 70, oben

Sofabund zu verkaufen

Hommels-Blite 35-36.

Baustelle oder Grundstück

welches umbaufähig ist,
in der Stadt gelegen, zu
kaufen gesucht. Offert u.

190 an die Exped. d. Bl.

150-200 000 M.

als 1. Hypothek auf ein

24 Morgen großes Grund-

stück, in welchem ein aus-

gehendes Geschäft einge-

richtet wird.

Off. u. 388 a. d. Exp. d. Bl.

10000 Mark

geg. Sicherh. zu leihen ge-

Off. u. 389 a. d. Exp. d. Bl.

**Grundstücks-
Angebote!**

Landgrundstücke

4 Morgen, Poggan,

2 maß. Gebäude, schöne

Ordnung, Preis 200 000 M.

5 Morgen, gute Gebäude,

Sölerer, bei 150 000 M. Ans.

15 Morgen, 2 gute Ge-

bäude, Br. ohne Inventar

200 000 M., mit Inven-

tar 260 000 M.

Gründungsverschiedenheiten in London

Die Sachverständigen zu Poincarés Vorschlägen

London, 8. August. (Tel.) Es verlautet, daß aus dem Bericht der Sachverständigen hervorgeht, daß die Mehrheit des Ausschusses gegen den französischen Vorschlag betreffend die Einrichtung einer Zollgarantie und ebenso gegen die Aufhebung von Steuern im besetzten Gebiet ist. Der Vorschlag betreffend die Beschlagnahme von Bergwerken und Forsten wurde ebenfalls verworfen, doch soll ein System von Garantien erzwungen werden, die die Lieferung von Kohlen und Holz an die Alliierten sichern. Auch der Vorschlag, wonach Deutschland aufgefordert werden soll, sich einverstanden damit zu erklären, daß Anteile an den industriellen Unternehmen der Alliierten gegeben werden sollten, wurde ebenfalls abgelehnt. Die von dem italienischen Außenminister ausgesprochene Ansicht, daß ein Widerspruch darin liege, ein Monopolium zu gewähren und gleichzeitig deutsches Eigentum zu beschlagnehmen, fand keine Beachtung. Man glaubt, daß diese Schritte nicht notwendig sind angesichts der jüngsten vom Garantiensystem noch seinem Bestehen in Berlin aufgeführten Garantien. Man ist der Meinung, daß es notwendig ist, einige dieser Maßnahmen nicht nur vom finanziellen Standpunkt aus zu beurteilen, sondern auch ihre politischen und moralischen Wirkungen in Rechnung zu ziehen.

„Havas“ erzählt von seinem Berichterstatter in London, die Meinung der alliierten Sachverständigen sei um 1.15 Uhr zu Ende gekommen. Ihrem Auftrage entsprechend hätten sie die Frage geprüft, die von Poincaré vorgeschlagenen Maßnahmen produktiver Art seien. Sie hätten sich darüber geeinigt, daß die Maßnahmen hinsichtlich einer im Vergleich zu den deutschen Verpflichtungen geringe Summe einbrächten, die sich aber immerhin auf 400 Millionen Goldmark stellen dürfte. Engländerseits habe man eingewendet, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen somit nur einen geringen Ertrag ergäben und die Gefahr mit sich brächten, das deutsche Wirtschaftsleben zu desorganisieren.

Paris, 9. August. (Tel.) „Havas“ berichtet aus London: In den letzten Kreisen erklärte man offen, daß die englische Regierung unter dem geleiteten Plan Poincarés zurückweisen werde. Man gab zu verstehen, daß der heutige Tag ganz besondere Bedeutung habe, ja sogar die zukünftigen Beziehungen zwischen Frankreich und England beeinflussen werde. Ferner telegraphierte „Echo de Paris“ um 1 Uhr vormittags aus London: Man vertritt die Ansicht, daß Sir Edward Grigg, der Privatsekretär des englischen Ministerpräsidenten, gestern englische Journalisten um 9 1/2 Uhr vormittags in der Downing Street empfangen habe. Er habe ihnen erzählt, daß Lord George entschlossen sei, das Programm in Poincarés zurückzuweisen. Er fügte hinzu, daß wenn dieses Programm nicht abgelehnt werde, die Entente unter Schwere Lasten aufrechtzuerhalten werde. Der Sonderberichterstatter des „Petit Journal“ in London meldet, er glaube zu wissen, daß infolge der letzten Unterredungen zwischen den Vertretern Poincarés und Lord George, die in der letzten Nacht stattfanden, der Verlauf Poincarés Lord George gegenüber davon sprach, eventuell die Handlungsfreiheit gegenüber Deutschland wieder zurückzunehmen, Lord George gestern abend ziemlich freudig seine Meinung dahin äußerte, daß ein Bruch unvermeidlich sei. Die britische Premierminister sagte hinzu, der Bruch sei vom französischen wie vom britischen Standpunkt aus in gleicher Weise notwendig, aber die von Poincaré eingenommene Stellung scheine ihm einen anderen Ausweg zu lassen. Dieser Eindruck wurde allerdings gestern abend bereits den Vertretern der britischen Presse mitgeteilt. Nach einem Bericht des „Matin“ machte Therris nachmittags den Versuch, eine Uebersetzung des englisch-französischen Standpunktes herbeizuführen. Er hatte eine lange Unterredung mit Poincaré, um sich dann zu Lord George zu begeben.

Eine spätere „Havas“-Meldung aus London besagt hierzu noch: Poincaré frühstückte am Vormittag mit Lord George und Therris in der französischen Botschaft. Anschließend fand eine lange wichtige Unterredung zwischen dem britischen Premierminister statt, die um 11 Uhr noch andauerte. In französischer Sprache wurde heute darauf hingewiesen, daß die von der Presse veröffentlichten Nachrichten, denen zufolge die meisten Vorschläge Poincarés abgelehnt worden verfährt, wenn nicht irrig seien. Der Ausschuss nahm erst im Laufe des Vormittags den von demselben während der Nacht verfaßten Bericht an.

Eine internationale Anleihe von einer Milliarde Dollar

Paris, 9. August. (Priv.-Tel.) Die „Ere Nouvelle“ glaubt zu wissen, daß Therris im Einverständnis mit einer Gruppe amerikanischer Finanzleute in offizieller Form die meisten Konferenzteilnehmer für eine internationale Anleihe von einer

Milliarde Dollar gewonnen hat, die aber nicht von der Reparationskommission auszugehen wäre, sondern von jeder Regierung nach ihren persönlichen Wünschen.

Ueber die Finanzlage Lettlands

Die „Rig. Rundsch.“ zufolge, der lettische Finanzminister Kallings in der Konstituante Mitteilungen. Er äußerte sich dahin, daß es in hohem Maße bedauerlich sei, daß das Haus der Sparmaßnahmenpolitik verlassen habe. Der Ausfall im Budget würde nunmehr mindestens 1.200.000 Rubel betragen. Wenn die Konstituante auf große Einnahmen hoffe, so täusche sie sich insbesondere in bezug auf die Höhe der Einnahmen aus dem Flach- und Brauntweinmonopol. Die Ausgaben seien dagegen zu niedrig angesetzt worden, — man müsse voraussetzen, daß die Gesamtausgaben zehn volle Milliarden erreichen werden. (Das Grundbudget balanziert mit 7 1/2 Milliarden.) Viele der Forderungen tragen ausgesprochen politischen Charakter, wie etwa der Erlaß einer Jahrespacht den Neuwirten, was einen Ausfall von 150 Millionen nach sich ziehe. Ein Staat, in dem die tatsächlichen Ausgaben mit den tatsächlichen Einnahmen nicht in Einklang gebracht sind, verliere das Vertrauen. Nun bleibe nichts anderes übrig, als zu einer Auslandsanleihe zu greifen, was zu vermeiden gewesen wäre.

Die „Rig. Rundsch.“ schreibt dazu: Wenn der Finanzminister hofft, daß es ihm gelingen werde, für die Auslandsanleihe, die in der Tat unabwendbar erscheint, günstige Bedingungen zu erzielen, so wird man entgegen den Erwartungen des Finanzministers mit solchen leider kaum rechnen können. Wie erinnerlich sein wird, waren derartige Bedingungen im Vorfrühling nicht zu erzielen, — nun haben sich durch die expansive Anweisung von nicht vorhandenen Mitteln die Chancen wesentlich verschlechtert. Wenn es bisher keinem Handelsstaat gelungen ist, eine nennenswerte Auslandsanleihe zu platzieren, so hat das seine guten Gründe. Der Zukunft kann man nur mit schwerer Sorge entgegensehen.

Die Teuerung in Litauen

Wie das Rowner „Echo Litwa“ berichtet, steigen im Zusammenhang mit dem fortwährenden Sinken der Mark die Preise hauptsächlich der Lebensmittel in Litauen unauflöslig. Roggenbrot stieg in wenigen Tagen von 4,50 M. auf 7 bis 8 M. pro (russ.) Pfund, und Weizenbrot stieg bis auf 20 M. Besonders verteuert sich Eier und Butter. Letztere hat schon den Preis von 100 M. pro Pfund überschritten. Von Kolonialwaren stiegen besonders die Preise für Zucker auf 90 bis 100 M. pro Kilogramm, und ein Faden Holz, den man noch vor einiger Zeit für 3000 bis 4000 M. erhalten konnte, kostet heute 6000 bis 7000 M. (Zu letzterem Punkt wäre zu bemerken, daß Brennholz in Litauen überhaupt sehr knapp ist. Schon Anfang des Jahres wurde viel Brennholz, sogar solches aus Forsterei, von Litauen aufgekauft und über die Grenze geschafft.)

Die rote Armee an der turkestanischen Grenze

Paris, 5. August. (Tel.) Nach einer Meldung des „Agence Havas“ aus Teheran sollen sehr starke Streitkräfte der roten Armee an der Grenze Turkestans aufmarschiert sein. Die persischen Grenztruppen hätten Vorkehrungen für alle Fälle getroffen.

Die Meuterer der Schwarzmeerflotte

Paris, 4. August. Die von Präsidenten der Republik vorgenommene Bestrafung der Meuterer der Schwarzmeerflotte ist jetzt in die Tat umgesetzt worden. Einige der begnadigten Meuterer haben gestern das Justizhaus verlassen und sind, da sie meistens ihrer Militärpflicht noch nicht genügt haben, in die Armee eingereiht worden.

Die Wahlen zum schlesischen Sejm

Warschau, 8. August. Als Wahltag zum schlesischen Sejm wurde Sonntag, der 24. September 1922 bestimmt. Für den schlesischen Sejm gilt die gleiche Ordnung wie für den Warschauer.

Ein Kanal von Warschau nach Polen

Paris, 9. August. (Priv.-Tel.) Einer Meldung des „Ere Nouvelle“ zufolge beabsichtigt die polnische Regierung den Bau eines Kanals von Warschau nach Polen, der tief genug sein soll, um Schiffe von 600 Tonnern die Durchfahrt zu ermöglichen.

Neues vom Tage

Der „Columbus“ sicher zu Wasser gebracht

Danzig, 8. August. Der vom Norddeutschen Lloyd bei dem Schiffswerft Scharf in Auftrag gegebene Riesenpassagierdampfer „Columbus“, der seinerzeit beim Stapellauf nur zu einem Drittel zu Wasser gelangte, ist nach wiederholten Abschleppversuchen heute glücklich zu Wasser gebracht worden. Der Schiffsrumpf ist unverletzt.

Die Berliner Zeitungspreise

Die Berliner Blätter haben für August folgende neuen monatlichen Bezugspreise festgesetzt: „Berl. Tagebl.“, „Deutsch. Tag.“, „Tägl. Rundsch.“, „Vormittags-“ und „Abend-“ je 100 M., „Vorwärts“ 90 M., „Lof. Anz.“ 84 M., „Kreuz-Ztg.“ 75 M., „Freiheit“ 70 M., „Deutsche Ztg.“ 50 M. Nach dem Tarif des „Berl. Tageblatts“ kostet eine kleine Inseratenzeile 35 M., eine ganze Seite 87 000 M.

Raubüberfall auf einen Kassenboten

Berlin, 9. August. (Tel.) Gestern nachmittags überfielen laut „Lof. Anz.“ drei junge Burken in Neu-Kölln dem 68jährigen Kassenboten einer Treptower Firma, der 100 000 M. in Bargeld und 10 000 M. in Steuermarken von der Bank zu dem Geschäft bringen wollte. Die Räuber schlugen ihn mit Schlagringen nieder und versuchten, ihm die Geldtasche zu entreißen. Der Ueberfallene setzte sich bestig zur Wehr und rief um Hilfe. Herbeieilenden Passanten gelang es, einen der Täter, einen 18jährigen Arbeiter aus Neu-Kölln, festzunehmen. Weitere Ermittlungen ergaben, daß 5 Personen, von denen 2 bei einer Treptower Firma tätig sind, an dem Raubverfuch beteiligt waren. Ihre Verhaftung steht unmittelbar bevor.

Der Berliner Brotpreis

Die Berliner Ernährungsdeputation schlägt dem Magistrat vor, für die Zeit vom 14. August ab den Preis des Großbrotes von 1900 Gramm auf 31,80 M., und den Preis der Schrippe von 50 Gramm auf 1,10 M., den Preis für das Pfund Weizenmehl auf 9,90 M. festzusetzen.

700 Waggons Kohle verschoben

Auf einer Grubenverwaltung in Hindenburg (Oberschlesien) ist eine große Kohlenabfuhr aufgedeckt worden. Es handelt sich um eine Kohlenabfuhr, die seit langer Zeit betrieben wird, und an der eine Anzahl Grubenbeamte beteiligt sind. Nicht weniger als 700 Waggons Kohle sind auf diese Weise veruntreut worden. Das sind nahezu 250 000 Zentner Kohle, die einen Wert von 10 Millionen Mark darstellen. Zehn an der Abfuhr beteiligte Personen sind bereits in Haft genommen worden. Mit den weiteren Ermittlungen sind vier Berliner Kriminalbeamte beschäftigt.

Anklage eines sechsfachen Mordes

Hof z. B., 7. August. Ein im vergangenen Winter begangener sechsstündiger Raubmord im Hinterwald (Bayern) hat nun seine Aufklärung gefunden. Sämtliche Mitglieder einer einflussreichen lebenden Bauernfamilie waren in der Nacht ermordet worden. Unbekannte Täter hatten die Familienmitglieder nacheinander in dem Stall gelockt und erschlagen. Auf die Ergreifung der Mörder war seinerzeit eine Belohnung von 200 000 Mark ausgesetzt worden. Vor kurzem nun hat eine alte Frau namens Schreyer in Sattelberg bei der Weichte dem Pfarrr erzählt, daß ihre beiden Söhne den Mord begangen hätten. Der Pfarrr redete der Frau zu, der Polizei Meldung zu machen, bis diese schließlich in der Tat öffentlich ihr Geheimnis erzählte. Die beiden Söhne, der 31jährige Arbeiter Andreas Schreyer und der 23jährige Tagelöhner Karl Schreyer, sind in der Umgegend als gewalttätige Menschen bekannt und gefürchtet. Der Gendarmerie gelang es, Andreas Schreyer zu verhaften, während Karl Schreyer geflüchtet ist.

Großes Eisenbahnunglück in Amerika

Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Schnellzug und einem Personenzug bei Sulphur Springs (Vereinigte Staaten) wurden sechzig Personen getötet und hundert verletzt. Viele Personen erlitten durch den aus der Schnellzuglokomotive austretenden Dampf so schwere Verbrühungen, daß sie daran starben.

Streikkrise bei den Berliner Metallarbeitern. Wie der „Vorwärts“ meldet, lehnten die Berliner Metallarbeiter in einer Urabstimmung die durch den Verband der Berliner Metallindustriellen und dem Deutschen Metallarbeiterverband getroffenen Vereinbarungen über die Lohnregelung mit großer Mehrheit ab. Der Verband Berliner Metallindustrieller wird heute zur durch die Abstimmung geschaffenen Lage Stellung nehmen.

Der Meister

Novelle von Josef Ponten

Copyright by Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart

17. Fortsetzung Nachdruck verboten

Der Schweizer mochte durch eine Krankheit auch den Rest der Haare verloren haben, den das Alter ihm vielleicht gelassen hätte. Der Kopf war so blank wie der Messingknopf des Stabes. Der Alte hatte den Stab in den Schulterwinkel gelegt, und brüderlich lehnten die blanken Köpfe aneinander, der Kopf und der Knopf, elfenbeinern und golden.

„Eine halbe Stunde mit der grünen Jugend schwächen, das muß das Alter sich schon etwas kosten lassen“, sagte der Schweizer. „Junge, wir haben zu gleicher Zeit Flaum auf dem Kopfe gehabt, du, als die Haare kamen, ich, als sie gingen. Also laß Seil ab!“

„Wie wär's mit dem Dombaumeister?“ lachte Gottfried.

„Klatschen tu' ich aber nicht, Gottfried. Ich bin zwar kein Mann mehr, aber auch noch kein Weib.“

„Es heißt nicht Klatschen, Alter, wenn man sich von einem Künstler Kunst unterhält. Ein Künstler ist ein doppelter Mensch. Von seinem brüderlichen Mann-Menschen, den er mit anderen Menschen gemeinsam hat, davon soll man freilich nicht reden. Aber sein Künstler-Mensch gehört allen.“

„Du...“

„Und der Baumeister will doch ein Künstler sein.“

„Ist er denn vielleicht keiner?“

„Nein!“

„Das du nicht sagst! Ja, ja, die Jugend weiß alles. Das Alter wird ganz von selbst dumm. Neue Messer sind scharf.“

„Alter Brummtopf!“

„Jeder Vogel singt auf seine Weise. Also der Baumeister ist kein Künstler. Wie sieht dein Künstler denn aus, wenn's gefällig ist?“

„Er packt den Stier bei den Hörnern und rammelt ihm die Knochen aus dem Gausack! Seine Aufgabe, mein ich!“

„Gut gesagt! Gut gesagt! Ein bißchen kräftig, aber gut gesagt! Und der Baumeister tut das nicht? Nein, das kann man wahrhaftig nicht sagen. Sag mal, du junger Sturmwind, du solltest dich lieber mit deinem Baumeister vertragen. Du solltest ihm ein bißchen um den Bart geben und dich an seine Tochter heranmachen. Das junge Mädchen wär' ich bei den Hörnern nehmen, falls es schon welche hat. Klatsch dir die Tochter nicht, he? Was ist das mit dir? Wenn die Ente Wasser sieht, dann wackelt ihr der Würzel. So? Wie ist das mit dir und den jungen Mädchen? Salt dich an die Tochter und schilt nicht auf den Erzeuger. Dann wirst du bald sein Nachfolger sein.“

„Da, wenn man die Tochter ohne den Alten bekommen könnte...“

„Du schneht also lieber Beschlichter der Witwen und Baiken zu sein? Ich verstehe! Michstest nur mit Frauen zu tun haben? Ich verstehe! Die Männer sind Euch jungen Weltknechern zu harte Steine, sind nicht solche Gummibälle wie die Weiber. Oh, ich verstehe! Mit meinem Schwiegervater, der Domschweizer war, ging's mir nicht anders. Ihr Jungen seid ja riesig geschickt, aber in einem seid ihr doch alle gleich dumm: Ihr bebent nicht, daß eure Alten auch einmal so jung waren wie ihr und auch unter den Alten geseufzt haben wie ihr. Und dieselben Vorwürfe hatten.“ Darum durchschauen sie euch bis in die Hosen.“

„Kannst reden, was du willst, Alter, recht hab' ich doch!“

„Natürlich hast du recht. Das Recht hat man nämlich nicht im Kopfe, das wächst a u f dem Kopfe: die Haare sind es. Ob sie lang und dicht sind, das ist das Recht. Danach hast du freilich viel recht. Und wie die Haare ausfallen, kommt ihr ins Unrecht. Ganz von selbst. Haar um Haar. Stufe um Stufe. Das wirst du auch erleben. Grün seid ihr wie Pflaumen im Juli! Bitter wie Schleen! Unreif wie Holzkäpfel! Dazu noch frech wie... wie...“

„Na? Wie denn, Alter? Wie denn?“ lachte Gottfried. „Kannst du nichts mehr studen, armer Alter?“

„... wie ein Affenhintern!“

„Holla! Du sparst nicht, Alter!“

„Wenn ich dir den Pelz wasche, muß ich ihn auch naß machen dürfen. Ich hab' dich gern, Junge. Nimm Lehren an.“

„Dazu hab' ich dich nicht gerufen.“

„Ach so? Ja, richtig! Also bitte.“ Du hattest etwas gegen deinen Baumeister auf der Brust. Herunter damit! Daß keine Kröte von dem Herzen besten!

„Ein Stämper ist er! Ich wollte, ich könnte ihm das gerade ins Gesicht sagen. So recht von Herzen ins Gesicht sagen. Das täte wohl! Das täte wohl! Dafür gäbe ich einen Monat Steinmehlohn hin. Gott ist ein Schalk gewesen, als er den Meister Gottschalk schuf. Dumm, unverträglich, rechthaberisch, selbstisch, eifersüchtig, feige, rachsüchtig...“

„Salt! Das ist Klatsch!“

„Gut! Aber vom Künstler darf ich reden? Was kann dieser Künstler? Gottsch von romanisch kann er unterscheiden und noch etliches, was er auf den Schulen gelernt hat. Aber das Geringste, was er in den Schulen nicht gehabt hat, das kann er nicht. Wenn ich sage, daß mein kleiner Zeh mehr denkt als sein ganzer Dombaumeisterkopf, dann bin ich noch sehr bescheiden. Oh, welchen Haß habe ich gegen diese beamteten Dummköpfe! Gegen diese Stellensünder und Pründenzerster! Gegen die bettelte Unfähigkeit! Da sagen sie zu ihren Untergebenen: „Macht das so und so!“ Ihr wist schon! Werbel's schon recht machen! Dabei ist ihnen selbst der Kopf leer wie der Sack dem Bettler. Und sie lassen sich die fertige Zeichnung reichen, sie kritisieren ein wenig dran herum, während ihnen doch der Verstand flüsternd vor

(Fortsetzung folgt)

